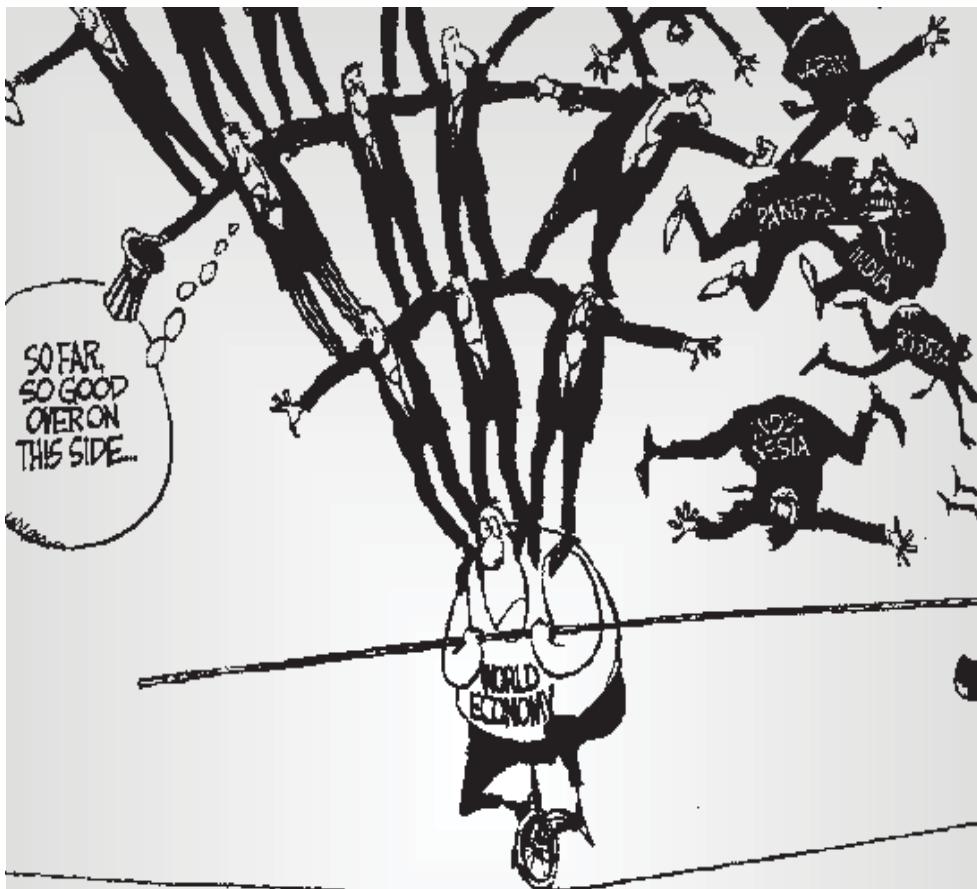


Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



- **Der Sachverständigenrat wirbt für Entsolidarisierung S. 3**
- **US-Kapital will chinesischen Markt sprengen S. 9**
- **Die nächsten Kriege werden heute vorbereitet S. 12**
- **Die Gewerkschaften müssen Gegenmacht sein! S. 17**
- **Babylon: Gesetzmäßige Schuldneztschaft S. 20**



Politische Berichte

**ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIET VIERZEHNTÄGLICH**

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32 ... **und Ost** Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030 / 24009468, Fax: 030 / 24009469

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Alfred Küstler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Politischen Berichten veröffentlichen die Mitteilungen der „**ArGe, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS**“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

DEUTSCHE WAFFEN ... Wie erst jetzt bekannt wurde, hat die damalige Kohl-/Kinkel-Regierung noch kurz vor Amtsende, im August 1998, den Export von Ausrüstungen, Einzelteilen, Technologieunterlagen und Software in die Türkei zur Lizenzproduktion automatischer Heckler&Koch-Gewehre genehmigt. Dies bestätigte das Bundeswirtschaftsministerium auf eine Anfrage grüner Abgeordneter, wollte aber wegen des „Geschäftsgesheimnisses“ keine Einzelheiten mitteilen. Die türkische Armee, die seit Jahren einen blutigen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung führt, ist derzeit dabei, ihre Streitkräfte von den alten deutschen G-3-Gewehren umzurüsten, dazu plant sie die Produktion von 500.000 HK 33. Außerdem beabsichtigt die Türkei, Gewehrteile importieren und eine Fabrik zur Produktion der entsprechenden Munition zu bauen. Hier steht also noch eine Entscheidung des Bundes sicherheitsrats an. In Sachen Kampfpanzer hat die Türkei nach Berichten der *Welt* und der *Frankfurter Rundschau* (19.11.) eine Vorentscheidung für den Leopard 2 getroffen und dies dem Bundeskanzleramt und dem Verteidigungs ministerium bereits signalisiert.

KRIMINALISIERUNG. Das EU-Parlament stimmte gegen die Stimmen der Linken, der Grünen und eines Teils der Sozialdemokraten einer Vorlage zu, der zufolge Asylsuchende in der EU sich künftig ihre Fingerabdrücke nehmen lassen müssen, wenn sie einen Asylantrag stellen. Mit diesem weiteren Schritt, Asylbewerber wie Kriminelle zu behandeln, wollen die EU-Innenminister verhindern, dass Asylbewerber in mehreren EU-Ländern einen Antrag stellen können. Die EU-Innenminister werden die Vorlage Anfang Dezember formal beschließen.

UNERSÄTTLICH. Die Arbeitgebervertreter im Vorstand und Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit laufen gegen den Haushaltsentwurf für das Jahr 2000 Sturm. Der sieht u.a. die Erhöhung der Eingliederungshilfe auf rund 43 Mrd. DM vor, bei einem Gesamtetat von 104,14 Mrd. und einem Bundeszuschuss von 7,73 Mrd. DM. Die Arbeitgeberverbände fordern die Kürzung der Mittel für die aktive Arbeitsförderung, für das Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit und für das Arbeitslosengeld in Höhe von insgesamt 3,6 Mrd. DM und verlangen, dass stattdessen die Beiträge „spürbar“ gesenkt werden. „Wir müssen lernen, aus dem, was wir haben, mehr zu machen“, so Arbeitgebersprecher Ebert, will heißen: mehr Arbeit für weniger Geld.

KONZERTIERTE AKTION. Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie Henkel forderte in einem Interview mit dem Kölner Boulevard-

blatt *Express* (22.11.) eine Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes, um das bestehende System der Flächentarifverträge aufzubrechen. Branchenweite Tarife seien überholt, praktisch überall abgeschafft, ein „Unikum, das es nur noch in Deutschland und Österreich gibt“. Betriebe müssten Löhne und Arbeitszeiten selbst bestimmen können. Rückendeckung erhielt er vom FDP-Vorsitzenden Gerhardt, der seine Partei auf dem hessischen Landesparteitag aufforderte, „umstrittene Themen“ anzugehen. Gerhardt kündigte eine Gesetzesinitiative zum Aufbrechen des Flächentarifvertrags an.

VERHÄGNISVOLLER KREISLAUF.

Nach Angaben des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks werden für dieses Jahr ca. 3.100 Pleiten allein im Handwerk befürchtet. Dabei ist die Zahl der Insolvenzen im Westen rückläufig, in den östlichen Bundesländern dagegen nimmt sie zu. Ursache dafür sind die zunehmenden Forderungsausfälle. Der Bundesverband Deutscher Inkasso-Unternehmen ermittelte in seiner Herbstumfrage als wichtigsten Grund für die ausbleibenden Zahlungen die Verschlechterung der sozialen Situation vieler privater Haushalte infolge von Arbeitslosigkeit und hoher Verschuldung. Ca. 2,6 Mio. Privatpersonen bzw. 2 Mio. Haushalte seien so hoch verschuldet, dass sie den Zahlungsanforderungen nicht mehr nachkommen können. Doch auch öffentliche Auftraggeber trügen durch Zahlung oft erst nach drei oder mehr Monaten zum Konkurs von Handwerksbetrieben, die oft eine dünne Kapitaldecke haben, bei. Auch hier dürfte die prekäre Haushaltssituation der Kommunen in den östlichen Bundesländern die entscheidende Rolle spielen.

NEUORDNUNG? Der „Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium“ wendet sich in einem Gutachten zur „Offenen Medienordnung“ gegen die Rundfunkordnung, insbesondere gegen die „Bevorzugung von ARD und ZDF“, z.B. bei der Vergabe von Ausstrahlungsfrequenzen. Die öffentlich-rechtlichen Sender sollten aus der Konkurrenz mit Privatsendern aussteigen, die Werbefinanzierung unterlassen und sich auf ihre „eigentliche“ Aufgabe konzentrieren, die der Beirat so formulierte: „Förderung der Integration von Staat und Gesellschaft durch Pflege und Förderung der einheitsstiftenden Kultur und des kulturellen Zusammenhangs“. Auch die Privatisierung von Anstalten sei wünschenswert, die Senkung der Gebühren in jedem Fall notwendig. Freie Bahn den Privaten, so lautet die Devise. Wirtschaftsminister Müller distanzierte sich zwar von dem Gutachten, will aber dafür sorgen, dass der Bund mit den für das Rundfunkrecht zuständigen Bundesländern über einen „zeitgemäßen Ordnungsrahmen für Medien“ spricht.

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.
- o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

Lohnpolitik und Arbeitsmarktordnung:

Interessen der Arbeitssuchenden respektieren

(Ziffern 327 ff.)

18. Eine Reform der Arbeitsmarktordnung ist dringend geboten. Die Arbeitsmarktordnung in ihrer jetzigen Ausgestaltung ist auf das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern fokussiert. Sie schützt die Arbeitsplatzbesitzer, mindert aber die Beschäftigungschancen der Arbeitslosen, deren Interessen bei den Tarifvertragsverhandlungen nicht angemessen berücksichtigt werden. Den Arbeitslosen wird es durch eine Reihe rechtlicher Regelungen erheblich erschwert, mit den Arbeitsplatzhabenden in Wettbewerb zu treten. Hierzu gehören neben dem Kündigungsschutz Vorschriften, die den Arbeitslosen die Möglichkeit nehmen, losgelöst von tarifvertraglichen Vereinbarungen eine Beschäftigung zu finden (Allgemeinverbindlichkeit), und solche, die innerhalb von Tarifverträgen die nötige Flexibilität für betriebsspezifische Problemlösungen verhindern (Günstigkeitsprinzip).

Eine Reform der Arbeitsmarktordnung muss darauf ausgerichtet sein, den Arbeitslosen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern. Einstieigerverträge, die eine deutlich untertarifliche Bezahlung Neueingestellter zulassen, sind für eine den Erfordernissen des Strukturwandels angemessene Arbeitsmarktordnung ein notwendiges Element. Die Vorschrift des § 77 Absatz 3 Betriebsverfassungsgesetz sollte abgeschafft werden. Dann würden einvernehmliche Betriebsvereinbarungen Arbeitgebern und Arbeitnehmern die Möglichkeit eröffnen, durch ein Abweichen von den Tarifverträgen Wohlstandsverbesserungen für beide Seiten herbeizuführen. In diesem Fall wäre es, bei Abkehr von der derzeit sehr engen Interpretation des Günstigkeitsprinzips, den Arbeitnehmern in den Betrieben auch möglich, selbst zwischen ei-

nem höheren Einkommen oder einer kürzeren Arbeitszeit einerseits und einer größeren Sicherheit ihres Arbeitsplatzes andererseits zu entscheiden. Momentan wird die Fähigkeit, solche Abwägungen vorzunehmen, nur den Tarifvertragsparteien zugetraut.

19. Die Lohnpolitik hat im Jahre 1999 den Pfad der Beschäftigungsorientierung verlassen. Eine Fortsetzung dieser lohnpolitischen Linie würde die erhoffte Wende am Arbeitsmarkt in weite Ferne rücken. Die Tarifvertragsparteien haben im Zusammenhang mit den Bündnisgesprächen gemeinsam erklärt: „Produktivitätssteigerungen sollen vorrangig der Beschäftigungsförderung dienen“. Sie müssen nun Taten folgen lassen und durch eine mittelfristig verlässliche, moderate Lohnpolitik den Arbeitsmarkt entlasten.

Eine beschäftigungsorientierte Lohnpolitik darf den Produktivitätsspielraum in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit nicht ausschöpfen. Lohnanhebungen im Ausmaß des Produktivitätsfortschritts können lediglich den gegebenen Beschäftigungsstand sichern; will man vermeiden, dass sich die Arbeitslosigkeit auf dem derzeit hohen Niveau verfestigt, muss über einen Abschlag von der um Beschäftigungsänderungen bereinigten Zunahme der Arbeitsproduktivität die Rückkehr zur Vollbeschäftigung ermöglicht werden. Die Lohnpolitik muss dabei langfristig auf Beschäftigungsmehrung ausgerichtet sein. Nur so können die Erwartungen der Unternehmer stabilisiert und die Nachfrage nach Arbeitskräften nachhaltig gestärkt werden. Erfahrungen aus dem Ausland zeigen, dass eine beständige Politik der Lohnmoderation die Beschäftigungschancen auf Dauer verbessert. Der Produktivitätspfad in die Vollbeschäftigung wird auch deshalb unterhalb des vergangenen Trends der Produktivitätsentwicklung liegen, weil der Produktionsfaktor Arbeit nicht homogen ist. Die zusätzlich Beschäftigten haben in der Regel eine geringere Produktivität als die bereits Be-

weiter Seite 4

Der Sachverständigenrat wirbt für Entsolidarisierung

Die Gutachten der Sachverständigen sind seit Jahrzehnten systematisch gegen die Forderungen der Gewerkschaftsbewegung gerichtet. Sie versuchen systematisch, die öffentliche Meinung auf den Gedanken einzustellen, dass im Wirtschaftsleben objektiv nach den Interessen der privaten Eigentümern und subjektiv durch private Eigentümer gehandelt werden müsse. Die Gewerkschaften, die Interessen von Lohnabhängigen gegenüber der Wirtschaft und der Gesetzgebung zu vertreten haben, hatten dagegen einen schweren Stand, konnten aber wenigstens dann und wann auf Schützenhilfe vor allem der SPD und manchmal auch der Bündnisgrünen rechnen.

Diese Konstellation hat sich im Zuge der rot-grünen Regierungsarbeit geändert. Die Regierung ist auf den Kurs der offiziellen Doktrin eingeschwungen. Die Auseinandersetzung mit dem sozialpolitischen Richtungswchsel ist nicht einfach; denn die materiellen Verschlechterungen, die z.B. bei der Festsetzung der Rentenerhöhung auf die Inflationsrate zu berechnen sind, stürzen niemanden in das Elend. Bedeutsamer ist, dass die Regierung, namentlich Schröder, in der Wahlpropaganda versprochen hatten, an einer „umlagefinanzierten“ Altersrente festzuhalten zu wollen. Diese Zusicherung wurde von Schröder widerrufen. Die Weichen hin zur Organisation der Altersruhe auf der Basis der Rendite wurden gestellt. Damit wird eine Neuorganisation der sozialen Welt eingeleitet, an deren Beginn neue ideologische Frontbildung steht. Die politischen Konzepte von CDU, CSU, FDP, Bündnisgrünen und SPD entwickeln Strukturähnlichkeit. Bei allen Unterschieden geht es allenthalben darum, die Lohn- und Gehaltsempfänger sowie die selbstarbeitenden Selbstständigen zur Absicherung ihrer Lebensrisiken durch Eigentumserwerb zu drängen, die dabei wachsende Zahl der Verarmten wäre durch den Staat zu unterhalten, freilich unter strenger Aufsicht. Die solidarische, durch Umlage finanzierte Absicherung der Lebensrisiken wird zum gefährdeten Kulturgut. Warum der Angriff auf die „Lohnpolitik und Arbeitsmarktordnung“? Nimmt die Bedeutung von Solidarität für die Lebensgestaltung ab, wird der gesellschaftliche Diskurs zwangsläufig unter den Kategorien von privater Absicherung und Konkurrenz geführt werden. Die getroffenen politischen Maßnahmen verstärken diesen Trend, die Gesetze wirken und die oben genannten Parteien hämmern ein: Es gibt keine Alternative. Aber so ist es nicht, und das weiß man auch beim Sachverständigenrat. Die Auseinandersetzung um die Lohntarife, die Ar-



→ Der Sachverständigenrat ...

beitsbedingungen und die Sozialgesetzgebung fordert und stützt solidarische Ansätze. Schwungvolle Lohnbewegungen würden darüber hinaus sowohl die Situation der umlagefinanzierten Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung schnell und nachhaltig verbessern, wie auch die Steuereinnahmen – direkte und indirekte – ansteigen müssten. Nachdem die Entwicklung der Tariflöhne und -gehälter mehr als ein Jahrzehnt sehr weit hinter dem Produktivitätszuwachs der Wirtschaft zurückgeblieben, ja sogar die Nettokaufkraft bei steigender Produktivität gesunken ist, besteht die Ausgangslage für eine Verbesserung der Lohnposition, und eine Verschiebung des Volkseinkommens in Richtung „Einkommen aus unselbstständiger Arbeit“ könnte dem Trend zur Entsolidarisierung entgegenwirken, sowohl durch die subjektive Erfahrung wie auch durch die Veränderung bei den Finanzen des Staates und der Versicherungen. Von dieser Gefahr wissen die Sachverständigen. Sie wollen sie abwenden, indem sie einen Zielkonflikt in die Gewerkschaftsbewegung tragen. Sie behaupten, dass Lohnsteigerungen zum Rückgang der Beschäftigung führen müssen. Damit wären Lohnbewegungen als unsolidarisch gestempelt: Die Gesamtheit der Lohnabhängigen würde verlieren, was die in Beschäftigung Bleibenden für sich herausholten. Lohnkampf wäre Bereicherung auf Kosten derjenigen, die deswegen ihre Arbeit verlieren. Unsolidarisch ist auch, wer nicht bereit ist, die tariflichen und gesetzlichen Bedingungen so zu verändern, dass Arbeitskräfte sich zu den Preisen anbieten können, die – vielleicht – von irgendwem dann doch noch bezahlt werden. So wird diesen Menschen der Zugang zum Arbeitsleben versperrt, sie werden ausgegrenzt! Umgekehrt sind auch die Arbeitslosen unsolidarisch. Dazu werden sie dadurch verführt, dass die Obergrenze dessen, was Arbeitgeber zu zahlen bereit wären, niedriger liegt als der Betrag, den die Arbeitslosenversicherung oder auch die Arbeitslosenhilfe zahlt. Prompt endet der Strategievorschlag in Sachen Lohnpolitik und Arbeitsmarktordnung mit dem Satz: „Eine konsequente Orientierung an der Beseitigung von Fehlanreizen legt auch die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe nahe.“ Mit solchen Brutalitäten fordern die Sachverständigen die öffentliche Meinung heraus, sie dürfen nicht ohne Widerspruch bleiben. maf



Dokumentiert aus dem Sachverständigenrat

beschäftigen, beispielsweise weil ihnen betriebsspezifisches Humankapital fehlt; auch dies sollte Eingang in die Lohnverhandlungen finden.

Mancherorts wird argumentiert, Lohnmoderation sei wegen ihrer Nachfragewirkungen abzulehnen. Für sich genommen würde durch Lohnmindersteigerungen die Güternachfrage der Arbeitnehmer auch weniger stark zunehmen. Diese Betrachtung greift aber zu kurz, da für die Wirkung auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage auch die Exportsteigerungen durch die verbesserte Wettbewerbsfähigkeit und die erhöhte Investitionsnachfrage aufgrund der verbesserten Gewinnsituation gegenzurechnen sind. Zudem werden auch die mit den Lohnmindersteigerungen einhergehenden Gewinnerhöhungen teilweise bei der Konsumnachfrage wirksam. Per Saldo ist also mit einer Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage durch Lohnmoderation zu rechnen – wenn nicht schlechte Angebotsbedingungen, beispielsweise durch die Finanzpolitik verursacht, die Investitionsbereitschaft der Unternehmen herabsetzen.

Aufgrund seiner abweichenden Meinung zur Lohnpolitik spricht sich ein Mitglied des Sachverständigenrates, Jürgen Kromphardt, gegen die Argumentation in dieser Ziffer aus. Außerdem plädiert er für die Beibehaltung von § 77 Absatz 3 Betriebsverfassungsgesetz und der derzeitigen Interpretation des Günstigkeitsprinzips, damit die Tarifverträge nicht unterlaufen werden können (Ziffer 372). So weit die Meinung dieses Ratsmitglieds.

20. Ein zentrales Element beschäftigungsorientierter Lohnpolitik ist eine ausdifferenzierte Lohnstruktur. Die derzeitige Lohndifferenzierung ist unzureichend. Technischer Fortschritt und die Intensivierung der weltweiten Arbeitsteilung bewirken eine Nachfrageverschiebung zu Ungunsten der weniger qualifizierten Arbeitnehmer. In den vergangenen Jahren waren die Arbeitnehmer, die keine abgeschlossene Berufsausbildung hatten, deshalb besonders stark vom Beschäftigungsabbau betroffen. Kurzfristig können die Beschäftigungschancen der weniger Qualifizierten nur durch eine weitere Spreizung der Löhne nach unten verbessert werden, anstatt wie bisher die Löhne im unteren Marktsegment überproportional anzuheben. Nur bei einer entsprechend flexiblen Lohnstruktur kann davon ausgegangen werden, dass der Beschäftigungsabbau in diesem Bereich gestoppt wird und sogar neue Arbeitsplätze entstehen. Hinzu treten muss eine Lohndifferenzierung entlang regionaler und sektoraler Unterschiede.

Freiräume für eine größere Lohndifferenzierung könnten durch eine stär-

kere Öffnung der Tarifverträge erreicht werden. Ein erfolgversprechender Ansatz besteht in mehr Dezentralisierung bei der Lohnfindung, indem beispielsweise die Tarifvertragsparteien den Betriebsvereinbarungen eine größere Rolle zuweisen oder indem die gesamtwirtschaftliche Lohnanhebung als untere Orientierungsgröße gesehen wird, von der aus durch die Lohndrift eine Anpassung an die Markterfordernisse erreicht werden kann. Nur dezentralisierte Lösungen können der Vielfalt der betrieblichen Situationen gerecht werden.

21. Eine stärkere Lohnspreizung nach unten verstärkt jedoch Anreizprobleme in den Arbeitsmarktsegmenten, in denen der am Markt zu erzielende Lohn unter dem Anspruchslohn liegt. Der Anspruchslohn ist der Lohn, zu dem der Einzelne bereit ist, seine Arbeitskraft anzubieten; er wird unter anderem durch die Einkommen bestimmt, mit denen eine erwerbsfähige Person rechnen kann, wenn sie sich entscheidet, keine Arbeit aufzunehmen. Im unteren Lohnsegment ist der Anspruchslohn wesentlich durch die Sozialhilfe, die Arbeitslosenhilfe und das Arbeitslosengeld determiniert.

Höhere Anreize, ein eigenes Einkommen zu erzielen, erfordern einen angemessenen Abstand zwischen Sozialhilfeleistungen für Arbeitsfähige und dem Arbeitseinkommen in den unteren Lohngruppen sowie die konsequente Anwendung der gesetzlich vorgesehenen Möglichkeit, den Sozialhilfe-Regelsatz abzusenken, wenn eine angebotene zumutbare Tätigkeit abgelehnt wird. Ein weiterer Weg, die Arbeitsanreize zu stärken, besteht darin, einen geringeren Anteil des Arbeitseinkommens als bisher auf die Sozialhilfe anzurechnen. Wegen hoher fiskalischer Kosten muss dieser Ansatz aber auf Problemgruppen, beispielsweise langzeitarbeitslose Sozialhilfeempfänger, beschränkt werden. Ein anderer Vorschlag setzt an der unterschiedlichen Behandlung der Unterhaltskosten für Kinder im Steuerrecht und im Sozialhilfegesetz an. Der im Vergleich zum Kindergeld beträchtlich höhere Kinderzuschuss führt dazu, dass es sich für kinderreiche Sozialhilfeempfänger oft nicht lohnt, eine Tätigkeit aufzunehmen.

Auch bei der Arbeitslosenunterstützung treten Anreizprobleme auf. Es ist daher zu überlegen, ob nicht – dem Beispiel anderer, bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erfolgreicher Länder folgend – der Bezug des Arbeitslosengeldes stärker befristet oder degressiv ausgestaltet sein sollte. Eine konsequente Orientierung an der Beseitigung von Fehlanreizen legt auch die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe nahe. Quelle: <http://www.sachverstaendi>

Klaus Zwickel setzt sich mit Renten-Tariffonds durch – um welchen Preis?

Klaus Zwickel setzt in der IG Metall das Konzept durch, das zuerst „Rente mit 60“ hieß, dann „Ausscheiden mit 60“ und inzwischen „Beschäftigungsbrücke zwischen Jung und Alt“. Dieses Konzept soll – ohne dass Zwickel dafür einen Beschluss des Gewerkschaftstags erreicht hätte – nicht nur im Mittelpunkt des Bündnisses für Arbeit stehen, sondern auch die Tarifpolitik der nächsten Jahre bestimmen. Mit einer wuchtigen Kampagne in den fremden und den eigenen Medien kanalisiert Zwickel die gewerkschaftlichen Aktivitäten auf diesen Punkt und lässt keinen Spielraum für andere Initiativen. Gewichtige Einwände z.B. aus Baden-Württemberg, über die in der letzten Ausgabe dieser Zeitschrift berichtet wurde, werden ohne offene Diskussion beseitewischt. Wer aus der Reihe tanzt, dem wird die Isolation in Aussicht gestellt.

Nachdem Zwickel im Vorstand für diese Linie grünes Licht erhalten hat, ist auch der baden-württembergische Bezirksleiter Huber zurückgerudert und hat die Große Tarifkommission am 18. November auf einen kritisch-zustimmenden Kurs gebracht. Nach einer langen Diskussion fasste sie mit großer Mehrheit einen Beschluss, der einige Hauptkritikpunkte an Zwickels Konzept in der Kampagne unterzubringen versucht. Darin heißt es:

„... müssen deshalb folgende Punkte für einen Tarifabschluss zu den Themen Lohn- und Gehaltserhöhung und „Beschäftigungsbrücke zwischen Jung und Alt“ berücksichtigt werden:

1. Es muss sichergestellt werden, dass jeder anspruchsberechtigte Beschäftigte einen tarifvertraglich verbindlichen Anspruch für die Beitragszahlungen in die gesetzliche Rentenversicherung durch den Arbeitgeber für sein vorzeitiges Ausscheiden erhält.

2. Die Wiederbesetzung freigewordener Arbeitsplätze und die damit verbundene Möglichkeit der unbefristeten Übernahme von Auszubildenden muss Bestandteil einer tarifvertraglichen Vereinbarung sein.

3. Der Aufbau eines Tariffonds ist für dieses Modell unerlässlich. Der Fonds muss nach Ablauf von fünf Jahren weitergeführt und z.B. in einen Rentenbaustein umgewandelt oder zur Verbesserung der Altersteilzeit o.ä. verwendet werden. So wird es möglich, die Akzeptanz von jüngeren Beschäftigten und den nachfolgenden Jahrgängen für dieses Modell zu erhöhen.

4. Die Gleichbehandlung von Beschäftigten in Altersteilzeit und Beschäftigten im Modell „Beschäftigungsbrücke zwis-

schen Jung und Alt“ in Bezug auf das frühere Ausscheiden und den fondsfinanzierten Ausgleich der Rentenabschläge ist sicherzustellen.

5. Die Laufzeit der zu vereinbarenden Lohn- und Gehaltstarifverträge sollte so kurz wie möglich gehalten werden, damit auch zukünftig die vorhandenen Verteilungsspielräume ausgeschöpft werden können.

6. Die Große Tarifkommission hält weiter an dem Ziel eines Gemeinsamen Entgelttarifvertrages für Arbeiterinnen, Arbeiter und Angestellte fest. Sie fordert den Vorstand auf, dieses Thema zu einem Schwerpunkt der Tarifpolitik der gesamten IG Metall in den nächsten Jahren zu machen.

Die Große Tarifkommission der Metall- und Elektroindustrie in Baden-Württemberg empfiehlt, sich nicht nur auf ein Modell des Ausstiegs aus dem Erwerbsleben zu konzentrieren, sondern auch Möglichkeiten einer finanziell verbesserten und verbindlicheren Altersteilzeit in die tarifpolitischen Überlegungen mit einzubeziehen ...“

Große Erwartungen dürften die meisten TK-Mitglieder dabei nicht gehegt haben. Eher die Befürchtung, dass die IG Metall für die Tariffonds einen hohen Preis zahlen muss. Nicht nur in Form eines saftigen Lohnverzichts für eine fragwürdige Beschäftigungswirkung (und die Arbeitgeberseite, die die Tariffonds nicht will, wird diesen Preis in die Höhe schrauben). Auch in Form einer längerfristigen Lähmung der Tarifpolitik, wo drängende Probleme auf die lange Bank geschoben werden (tarifliche Entgeltgestaltung und Leistungsbemessung angesichts neuer Arbeitsorganisation und Managementmethoden, Wildwuchs bei den Arbeitszeiten, prekäre Arbeitsverhältnisse usw.) Was nützt es, wenn sich Klaus Zwickel in einigen Jahren mit einem Patent auf das Bündnis für Arbeit aus der IG Metall verabschieden kann, aber die Tarifpolitik auf vielen Feldern heillos ins Hintertreffen geraten sein wird? *rok*

Die Forderungsaufstellung für die kommende Tarifrunde im öffentlichen Dienst soll zeitlich wie folgt ablaufen:

Am 15.12. tagt die Große Tarifkommission und soll die Rahmenbedingungen für eine gemeinsame Tarifrunde beraten sowie die tarifpolitischen Ziele wie Ost-West-Angleichung, Lohn und Gehalt, Beschäftigungssicherung präzisieren. Die Diskussion in der Mitgliedschaft soll bis spätestens 15. Februar 2000 in den Bezirken zusammengefasst und am 23. Februar 2000 schlussendlich von der Grossen Tarifkommission beschlossen werden. Wie bereits berichtet, läuft der Tarifvertrag über die Anpassung Ost an West bereits zum 31.12.99, die Einkommenstarifverträge zum 31.3.99 aus. Die ÖTV will beide Tarifverhandlungen gemeinsam führen und bereits im März beginnen. *har*

Fortsetzung zutiefst inhumane Asylpolitik

Als „unzureichende, engherige und blamable Scheinlösung“ hat ProAsyl die von der Konferenz der Innenminister von Bund und Länder am 18./19. November in Görlitz beschlossene sog. „Altfallregelung“ bezeichnet. Die Vereinbarung, die fast deckungsgleich sein soll mit der von der Regierung Kohl 1996 erlassenen Härtetfallregelung, gilt nur für Flüchtlinge, die trotz abgelehntem Asylantrag nicht abgeschoben werden können, und aus diesem Personenkreis wiederum nur für eine kleine Minderheit. Voraussetzung ist, dass Flüchtlinge mit Kindern vor dem 1. Juli 1993 und Flüchtlinge ohne Kinder vor dem 1. Januar 1990 in die BRD eingereist sind. Außerdem sind fast unüberwindbare Hürden vorgegeben. So muss der Lebensunterhalt „durch legale Erwerbstätigkeit ohne zusätzliche Mittel der Sozialhilfe gesichert“ sowie „ausreichender Wohnraum“ vorhanden sein, schulpflichtige Kinder müssen die Schule besuchen und der Flüchtling darf während seines Aufenthaltes in der BRD „keine vorsätzliche Straftat“ begangen haben. Der Nachzug von Ehegatten ist ausgeschlossen. Ein unbegrenztes Bleiberecht erhalten die wenigen Flüchtlinge, die diese Voraussetzungen erfüllen, dennoch nicht, sondern lediglich eine auf zwei Jahre befristete Aufenthaltsbefugnis. Und Kriegsflüchtlinge aus Bosnien und Herzegowina sowie Staatsangehörige der Bundesrepublik Jugoslawien sind von der neuen Regelung ausdrücklich ausgeschlossen.

In der BRD leben rund 300.000 Flüchtlinge – vielfach seit Jahren – mit dem unsicheren Status einer befristeten Duldung. Wenn Innenminister Schily behauptet, etwa 20.000 Flüchtlinge werden von der neuen Regelung profitieren, sind Zweifel angebracht. Vor allem wegen der Voraussetzung, den Lebensunterhalt ohne Sozialhilfeleistungen sichern zu müssen, konnten 1996 von den prognostizierten 60.000 bis 80.000 Flüchtlingen nur 7.800 Menschen das damalige Bleiberecht in Anspruch nehmen. Die jetzt beschlossene „Altfallregelung“ ist ein weiteres Beispiel für die Kontinuität der reaktionären Flüchtlings- und Migrationspolitik unter „Rot-Grün“ und fällt z.T. weit hinter die Regelungen anderer europäischer Staaten zurück. In Frankreich haben 80.000 sog. „Illegalen“ einen legalen Aufenthaltsstatus erhalten und weitere 70.000 Menschen sollen folgen, in Italien waren es in den letzten 10 Jahren über 800.000 Flüchtlinge (*FR*, 2.11.99), und in Spanien wird derzeit beraten, 300.000 Menschen ein Bleiberecht zu gewähren.

Als weiteres beschloss die Innenministerkonferenz, Flüchtlinge in Zukunft schneller abzuschieben, aktuell vor allem Flüchtlinge aus dem Kosovo. Trotz War-

nung des UN-Flüchtlingskommissariats UNHCR sollen bis Ende dieses Jahres alle 15.000 „Kontingent-Flüchtlinge“ in ihre zerstörte Heimat zurückgebracht werden und ab Frühjahr nächsten Jahres die 180.000 Flüchtlinge aus dem Kosovo, deren Asylantrag abgelehnt wurde, von denen die meisten aber schon seit Jahren in der BRD leben. Bereits Ende Oktober hatte Bundesinnenminister Schily in einer Telefonkonferenz mit den Innenministern der Länder „organisatorische Mitwirkung bei der Zwangsrückführung“ von Menschen aus dem Kosovo angeboten. Mit Staaten wie Albanien, Mazedonien, Bosnien, Kroatien, Slowenien, Italien, Ungarn und Österreich wird derzeit über Durchreiseabkommen verhandelt. Den abgeschobenen Flüchtlingen kann es durchaus passieren, von deutschen Polizisten oder Bundesgrenzschutz in Empfang genommen zu werden. Auf ihrer Konferenz verdoppelten die Innenminister die bundesdeutsche Einsatztruppe im Kosovo auf insgesamt 420.

Wie unter der Kohl-Regierung zeichnet sich die rot-grüne Flüchtlingspolitik durch Abschottung, Ausgrenzung und Kriminalisierung von Flüchtlingen aus. Wie seine Vorgänger bedient auch Innenminister Schily mit demagogischer Hetze gegen Flüchtlinge das DVU- und Republikaner-Klientel: Von den Flüchtlingen in Deutschland seien „nur 3 % asylwürdig. Der Rest sind Wirtschaftsflüchtlinge“, behauptet er in einem Interview der „Berliner Zeitung“ vom 8. November und widerspricht damit selbst den erschreckend geringen Anerkennungszahlen seines eigenen Ministeriums. Auch den demagogischen Begriff einer angeblichen „Asylantenflut“ übernimmt Schily gerne. Angesprochen auf die Kritik von Unicef, dass 220.000 in Deutschland geduldete Flüchtlingskinder nur beschränkten Zugang zur Schulbildung haben, antwortet Schily in dem gleichen Interview: „Wenn wir das anders handhaben würden, hätte das für Flüchtlinge neue Anreize zur Folge. Es spräche sich schnell herum: Wir müssen es nur schaffen, über die Grenze zu kommen, dann nehmen wir an allen Segnungen der Bundesrepublik Deutschland teil inklusive der Bildungseinrichtungen. Wie wollen Sie den Zustrom von Flüchtlingen dann überhaupt noch steuern?“

Nachdem 1992/93 das Asylrecht fast abgeschafft wurde, will Schily jetzt den letzten verbleibenden Rest eines individuellen, einklagbaren Rechtsanspruchs auf Asyl beseitigen. Statt dessen soll eine nebulöse Institution „die Asylbegehren prüfen und aufgrund ihrer moralischen, politischen und sonstigen Einschätzungen zu einer Entscheidung gelangen... die Gerechtigkeitsgewähr der Entscheidung über einen Asylantrag sollte sich meiner Meinung nach stärker an moralischen Maßstäben als an juristischen Klauseln orientieren“ (Schily in der *Zeit* v. 28.10.1999) Die vollständige Abschaffung des individuellen Rechtsanspruchs auf Asyl im Grundgesetz war offensichtlich

auch Thema der Innenministerkonferenz am 18./19. November: „die SPD-Länder hätten sich zu grundgesetzlichen Änderungen des Asylrechts bereit erklärt“. (*Hamburger Abendblatt* v. 20.11.1999)

bab

10 Jahre Anti-Folter-Komitee

BRD wegen Isolationshaft und Abschiebeklänen kritisiert

Vor zehn Jahren rief der Europarat das Anti-Folter-Komitee ins Leben. Das Anti-Folter-Komitee war von Beginn an ein Kompromiss zwischen Bestrebungen, Folter, unmenschliche oder entwürdigende Behandlung oder Bestrafung in den 41 Mitgliedsstaaten des Europarates schohnungslos aufzudecken und abzustellen, und den Bestrebungen der Staaten, ihr Strafsystem der Kontrolle und sich der Kritik zu entziehen. So haben die Kommissionsmitglieder als „Experten“ aus Justiz und Strafvollzug einen „Experten“ und eben nicht einen von staatlicher Strafpraxis unabhängigen Blick auf die Gefangenen und ihre Menschenrechte. So hat die Kommission zwar einen ungehinderten Zutritt zu Gefängnissen, Jugendhaftenanstalten, Polizeistationen, Abschiebeklänen, Arbeitslagern, Kasernenzenllen, doch müssen sie zuvor die Regierungen über ihren Besuch informieren, und diesen bleibt Zeit, schlimmste Missstände kurzfristig abzustellen oder zu vertuschen. Außerdem werden die Berichte der Kommission nur dann veröffentlicht, wenn die betreffenden Regierungen sich einverstanden erklären.

Schließlich hat eine generell verschärfte staatliche Strafpraxis die Verhältnisse in den Gefängnissen immer noch weiter zu ungünstigen Gefangen verschoben: Die Isolationshaft, in der BRD in den 70er und 80er Jahren gegen die Gefangenen aus der RAF entwickelt und zum System perfektioniert, gehört inzwischen für viele Gefangene in vielen Ländern zur „Normalität“; allgemein ist festzustellen, dass die Gerichte immer leichter und längere Gefängnisstrafen verhängen und dass infolgedessen die Zahl der Gefangenen zunimmt, und zwar ohne Zusammenhang zur tatsächlichen Entwicklung der Straftaten. Hier hat die Kommission zwar gelegentlich Auswirkungen kritisiert, doch nicht verhindert und auch nicht generell angegriffen, dass sich die Normen immer weiter verschlechtern.

Trotzdem geben die Kommissionsbe-

richte einen gewissen Einblick in dieses furchtbare Netz von Menschen aussondernden und einschließenden Anstalten, das Europa überzieht. Bei einer Tagung anlässlich des zehnjährigen Bestehens zog der Präsident des Internationalen Roten Kreuzes eine Bilanz, die anklingen lässt, wie es um die Menschenrechte von staatlicher Kontrolle ausgelieferten Gefangenen in Europa bestellt ist.

Die Kommission hat in diesen zehn Jahren 93 Visiten in 40 Mitgliedsländern vorgenommen. Immer häufiger stelle sie fest, dass Gefangene an Hunger, Aids, Tuberkulose und anderen ansteckenden Krankheiten sterben. Zahlreiche Haftanstalten seien überfüllt, Zellen mit 15qm oftmals mit mehr als 20 Gefangenen überfüllt, die sanitären Verhältnisse katastrophal.

In sieben Staaten stellte sie besonders schwere Fälle von Folter fest: in der Türkei, auf Zypern, in Spanien, Bulgarien, Griechenland, Portugal und auf den niederländischen Antillen. In den Berichten über diese Staaten hielt die Kommission



Hochsicherheitsgefängnis Bayrampaşa, Istanbul, nach Stammheimer Vorbild für politische Gefangene errichtet

Folter mit Elektroschocks und Stockschlägen auf die Fußsohlen fest, Gefangene wurden mit Plastiktüten fast ersticken, mit dem Kopf in kaltes Wasser getaucht oder stundenlang an Armen und Füßen aufgehängt.

In ihren Berichten über Belgien, Großbritannien, Frankreich, Österreich und der Schweiz vermeldete die Kommission „zahlreiche Beschwerden“ über Misshandlungen. Die skandinavischen Länder kritisierte sie wegen häufiger Anwendung der Isolationshaft.

Nach zwei Visiten in der Bundesrepublik Deutschland äußerte sich die Kommission ebenfalls kritisch zu der „in manchen Gefängnissen“, wie sie beschönigend von AFP (19.11.) widergegeben wird, „praktizierten, oft Monate dauernden Isolationshaft“. Dieser Bericht ist übrigens im Gegensatz zu anderen Berichten der Kommission nicht unter der Internet-Adresse erhältlich. Nach einem Besuch in der Abschiebestation des Frankfurter Flughafens kritisierte die Kommission die Bedingungen dort und allgemein in den deutschen Abschiebefängnissen. Kritisiert wurde die BRD auch wegen „unverhältnismäßiger Gewalt bei einigen Polizeieinsätzen“ (AFP). scc

Zensur durch die Hintertür

Am 1. Dezember will das Kabinett ein neues Bundesdatenschutzgesetz verabschieden. Der Entwurf, der seit Juli diesen Jahres vorliegt, betrifft in gravierendem Umfang die Pressefreiheit. Schon im September warnte der Presserat vor der „Gefahr einer Preszensur unter dem Deckmantel einer vermeintlichen Stärkung des Datenschutzes.“ Auch die IG Medien ist alarmiert. Was sieht der Entwurf vor?

- In jeder Redaktion soll es einen Datenschutzbeauftragten geben, der von Weisungen frei ist und die Recherche der Journalisten, die redaktionelle Bearbeitung, die Archivierung und die Veröffentlichung auf den Datenschutz hin kontrolliert.

- Diese Beauftragten können sich in Zweifelsfällen an die Aufsichtsbehörden wenden, das sind je nach Bundesland die Landesdatenschutzbeauftragten bzw. die Regierungsbehörden. Damit hat Staat ggf. Zutritt zu den Redaktionen!

- Jeder, über den berichtet wurde und der sich in seinem Persönlichkeitsrecht beeinträchtigt fühlt, soll Auskunft über die der Veröffentlichung zugrunde liegenden Daten verlangen können.

- Die Presse soll bei unzulässiger oder unrichtiger Recherche und Veröffentlichung über die bereits gültigen zivil- und presserechtlichen Regelungen hinaus schadensersatzpflichtig werden; dabei sieht der Gesetzentwurf einen Schadensersatzanspruch mit Beweislastumkehr vor, d.h. die Presse muss nachweisen, dass sie sorgfältig genug gearbeitet hat, ein Beweis, der kaum geführt werden kann.

- Der Gesetzentwurf überlässt den Bundesländern darüber hinausgehende Detailregelungen.

Die Kritiker des Entwurfs heben hervor, dass der Quellen- und Informationsschutz nicht mehr gewährleistet sind, Recherchen behindert und Journalisten unter Druck gesetzt werden. Dies stehe im Gegensatz zu der früheren Ankündigung der rot-grünen Regierung, das Zeugnisverweigerungsrecht für Journalisten stärken zu wollen. Auf die Kritik des Presserates erklärte Bundesinnenminister Schily zwar seine „Dialogbereitschaft“, betonte jedoch, dass der Entwurf „dem Spannungsverhältnis zwischen der Pressefreiheit und dem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung durchaus Rechnung“ trage.

Die Auswirkungen – sollte der Entwurf zum Gesetz werden – auf kritische Presse sind erheblich. Die *Antifa-Nachrichten* z.B. müssten damit rechnen, von Rechtsextremen und Faschisten per Datenschutzgesetz unter Druck gesetzt und bedroht zu werden.

Ölmultis und Nato drängen zum Kaukasus

Am Rande des OSZE-Gipfels unterzeichneten die Türkei, Aserbaidschan und Georgien ein Abkommen über den Bau einer 1.730 Kilometer langen Pipeline. Vom Kaspischen Meer soll diese über Georgien nach Ceyhan an der türkischen Mittelmeerküste gehen. Die Kosten des Pipelinebaus belaufen sich auf 2,4 Mrd. Dollar. bis 4 Mrd. Dollar.

An der Vertragsunterzeichnung nahm US-Präsident Clinton teil, was die Bedeutung dieses Vorhabens unterstreicht. Ein wesentliches Ziel der Ölmultis war es, Russland und den Iran aus dem Geschäft mit dem kaspischen Öl zu drängen. Bisher lief der Öltransport vom Kaspischen Meer über Russland und Iran. Zu Zeiten der Sowjetunion machte das Öl aus dem Kaukasus das Land unabhängig von der Ölversorgung aus dem Ausland. Nach zwei Weltkriegen, in denen u.a. Deutschland, die Türkei und England versuchten, die kaspischen Ölquellen zu erbeuten, hoffen die Ölmultis erstmals wieder diesem Ziel näher gekommen zu sein.

Etwa 25 Prozent des Weltölvorkommens sollen hier liegen, soviel wie Iran und Irak zusammen haben. Milliarden von Dollar wollen die Ölmultis zur Ausbeutung und für den Transport investieren. Allein der US-Multi Chevron verabredete mit der Regierung von Kasachstan für den Zeitraum der kommenden 40 Jahre Investitionen von 20 Mrd. Dollar entlang der kaspischen Küste. Verträge über Ölförderung in Kasachstan und Aserbaidschan haben Chevron, Exxon, Atlantic-Richfield, BP, Amoco, Mobil, Texaco, Pennzoil, Phillips Petroleum und andere abgeschlossen. Nach der Fertigstellung der Pipeline sollen täglich 1 Million Barrel vom Kaspischen Meer nach Ceyhan gepumpt werden.

Clintons Sicherheitsberater Brzezinski sagte: „Der Einsatz ist hoch. Ein eingeschränkter Zugriff bedeutet keine Kontrolle durch einen potentiellen aggressiven Gegner, was sehr in unserem Interesse ist.“ Die USA, Europa und Israel verschaffen sich den direkten Zugang zum Öl, Sprecher der Ölkonzern betonen, dass eine Alternative zu den Ölförderstaaten des Mittleren Ostens eröffnet wird und damit die Abhängigkeit verringert. Wichtig sei es daher, dass auch Russland keinen Zugriff auf die Pipeline habe.

Auf dem OSZE-Gipfel kündigte Georgien an, dass bis Mitte 2001 mehrere russische Militärstützpunkte geräumt werden. Im nächsten Jahr sollen Verhandlungen über die restlichen russischen Stützpunkte in Georgien begonnen werden. Vor etwa zwei Wochen hatte Georgiens Präsident Schewardnadse erstmals öffentlich über eine mögliche

Aufnahme in die Nato gesprochen, Bundeswehroffiziere befinden sich schon länger zur Beratung in Georgien. Mit solchen Plänen und dem aggressiven Vordringen der Ölkonzern in den Kaukasus wird deutlich, dass diese Region noch lange nicht zur Ruhe kommen wird. Die Widersprüche werden sich verschärfen. Die militärischen Angriffe Russlands auf Tschetschenien und Dagestan sind nur Vorboten größerer Konflikte. Die verbalen Angriffe auf Russland während des OSZE-Gipfels zeugen von den erheblichen Interessen der Nato-Mächte in dieser Region.

rub

Behinderung der Arbeit der HADEP-Bürgermeister

Eine ganze Reihe von in diesem Jahr erlassenen Gesetzen und Maßnahmen erschweren die Arbeit der in den kurdischen Gebieten gewählten HADEP-Bürgermeister. Behindert werden sollen auf diese Weise, dass die HADEP eine kommunale Selbstverwaltung aufbaut und an den Wiederaufbau des Landes geht. Konnten die Bürgermeister bis zu den Wahlen Mitarbeiter in der Verwaltung einstellen, werden diese nun von der Regierung geschickt. Ein neues Gesetz legt fest, dass eine speziellen Beamtenprüfung abgelegt werden muss. Diese findet zur Zeit statt. So sitzen einige Bürgermeister schon acht Monate ohne Mitarbeiter in der Verwaltung da.

Steuern und Abgaben werden in der Türkei zentral erhoben und verwaltet. Die Kommunen erhalten ihre Gelder über eine extra dafür zuständige Bank. Für größere Vorhaben wie Straßen- oder Wasser- und Abwasserbau werden über diese Bank Kredite gewährt. War es bisher üblich, dass die Kredite in Ratenzahlung abgewickelt werden und die monatlichen Gelder weiter an die Kommune fließen, werden den Städten mit HADEP-Bürgermeistern keine Ratenzahlungen mehr genehmigt. Sechs Städte haben sogar in den letzten 7 Monaten kein Geld mehr zugewiesen bekommen. Sowieso stimmen die Verteilungsschlüssel für die kurdischen Kommunen nicht. Das Einwohnermeldeamt ist staatlich und nicht unter Kontrolle der Kommune. Die aus ihren Dörfern vertriebenen Flüchtlinge sind nicht erfasst. Teilweise werden die Einwohnerzahlen dann noch erheblich nach unten korrigiert. So erhält eine Stadt mit über 6.000 Einwohnern umgerechnet nur 12.000 DM im Monat, wovon sämtliche kommunale Ausgaben – darunter auch die Gehälter der vom Staat geschickten Beamten – bezahlt werden müssen.

Ende November werden mehreren HADEP-Bürgermeister die BRD besuchen.

rub

US-Kapital will chinesischen Markt sprengen

Es wird nur Gewinner geben nach dem Beitritt Chinas zur WTO. So äußerten sich die Verhandlungsführer aus China und den USA nach der Unterzeichnung des Handelsabkommens, das die Mitgliedschaft Chinas in der WTO vorbereitet.

Fragt sich, ob beide das Gleiche unter gewinnen verstehen. Seit über einem Jahrzehnt versucht China, dem weltweiten Handelsabkommen beizutreten. Was ist der Inhalt des Abkommens und wer profitiert am meisten davon?

Für US-Banken, Versicherungsunternehmen, Telefongesellschaften und die Computer- und Software-Industrie entfallen wesentliche Hürden zum weiteren Einstieg ins China-Geschäft. Weiter werden die Importzölle auf Agrarprodukte in den nächsten Jahren auf 14,5 Prozent halbiert. China verpflichtet sich, Exporte aus diesem Bereich nicht mehr zu subventionieren, womit es der EU in Sachen Liberalisierung voraus wäre. Die Autoimportzölle sollen von 100 auf 25 Prozent sinken. Für die meisten Industrieprodukte sollen die Zölle ebenfalls drastisch gesenkt werden, im Bereich der Informationstechnologie ganz entfallen. Ebenso wird der Telekommunikationsmarkt für ausländische Beteiligungen bis zu 50 Prozent geöffnet: Auch in anderen Sektoren, vor allem im Bankwesen, werden die Möglichkeiten ausländischen Aktienerwerbs erweitert. In Hongkong rechnen Börsenbeobachter damit, dass schon im kommenden Jahr Aktien staatseigener Betriebe im Wert von rund vier Milliarden Mark an der dortigen Börse verkauft werden könnten. Importe werden künftig nicht mehr über chinesische Firmen abgewickelt werden müssen.

Die wirtschaftliche Umstrukturierung, die China mit seiner Unterwerfung unter die Diktatur des Marktes forcieren wird, bezeichnen amerikanische Medien beschönigend als „schmerhaft“. In Wirklichkeit steht Millionen Arbeitern die Entlassung aus der chinesischen Auto- und Ölindustrie sowie Abermillionen Bauern der Abstieg ins Massenelend bevor. Es wird erwartet, dass China seine Einfuhren in den nächsten Jahren verdoppeln wird. In umgekehrter Richtung werden chinesische Textilexporte und damit Sweatshop- und Kinderarbeit zunehmen. Zum Schutz der Profite heimischer

Textilunternehmen vor chinesischer „Billigware“ haben die USA deshalb Quoten und Sicherungssysteme durchgesetzt.

Zwar wird die Aufnahme Chinas in die WTO wegen einer komplizierten Bürokratie erst nach Monaten, wenn nicht nach Jahren erfolgen. So sind davor noch Verhandlungen mit 28 Ländern durchzuführen – darunter auch mit der EU –, doch die Zustimmung zur Mitgliedschaft gilt als relativ sicher.

In China versucht die Regierung die unvermeidlichen negativen Folgen vor allem für die Landwirtschaft herunterzuspielen. Genauso vermeidet man, eine Verbindung zwischen WTO-Beitritt und einem neuen Reformschub herzustellen, der in der Vergangenheit von den Beitrags-Befürwortern um Premierminister Zhu Rongji stets betont worden war. Chinas aufstrebende Mittelschicht erhofft sich nun billigere Konsumgüter, nicht zuletzt Autos. Die Zölle für Importwagen sollen von jetzt 80 bis 100 Prozent auf 25 Prozent bis zum Jahre 2006 gesenkt werden. Um die Verstopfung der engen Straßen zu vermeiden, mussten Autofahrer in Chinas großer Automobil-Metropole Schanghai bis zum Juni 1998 100000 Yuan (ca. 20000 Mark) für ein Nummernschild zahlen. Die Gebühr wurde um die Hälfte reduziert, um den Absatz der neuen Automobilwerke der

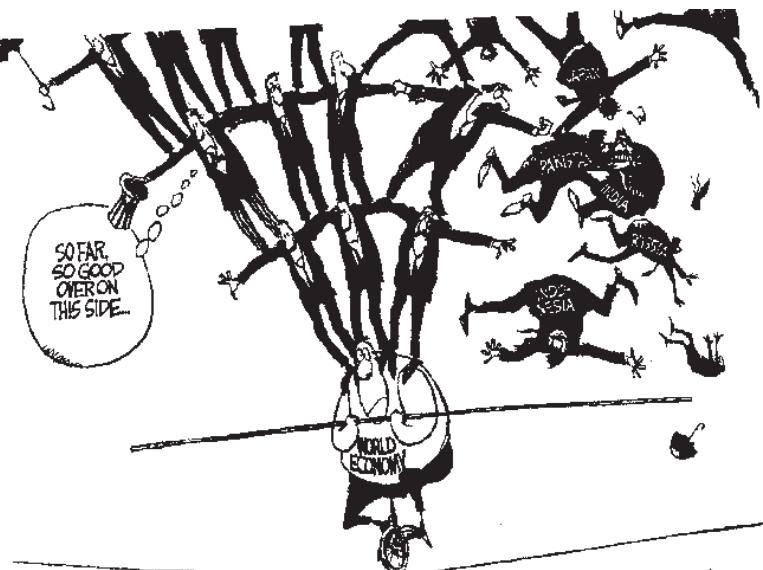
Wenig optimistisch können die Bauern und Angestellte staatlicher Betriebe sein. Beobachter sprechen von einem Schock, der zu erwarten sei, wenn die chinesische Wirtschaft so kurzfristig dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt wird. Vor allem auf dem Land rechnen sie mit einem weiteren Ansteigen der Arbeitslosigkeit.

Aber das Abkommen stößt in den USA durchaus nicht auf breite Zustimmung. Für die Handelsliberalisten sind noch zu viele Fußangeln gegen das ungehemmte Eindringen des US-Kapitals in China eingebaut. Etliche US-Parlamentarier haben deshalb die ihre Zustimmung zu dem neuen Handelsabkommen verweigert.

Hinter diesen Aktivitäten steht die Washingtoner Lobbygruppe „Business Roundtable“ die eine großangelegte Kampagne gestartet hat, um die Öffentlichkeit und unsichere Kantonisten im US-Kongress in ihrem Sinne zu beeinflussen. Zwei bis vier Großunternehmen werden der „grass roots“-Strategie folge jeweils einen als unsicher geltenden Abgeordneten des US-Kongresses bearbeiten, damit dieser irgendwann im nächsten Jahr für „normale Handelsbeziehungen“ mit China stimmt. Die Konzerne werden für Werbung, Schmiergelder und Erpressung Dollars in Millionenhöhe hinblättern, denn das China-Geschäft verspricht ihnen eine Ernte von vielen Milliarden.

Aber auch aus dem Bereich der Gewerkschaften kommt Protest. Der Chef der Dachgewerkschaft AFL-CIO, John Sweeney, tritt offen gegen den Handelsvertrag mit China auf, und James Hoffa von den Transportarbeitern sprach gar von einem „Schlag nicht nur ins Gesicht der Arbeiter in Amerika, sondern auch in das ihrer Kollegen in China“.

Sicher werden die Gewerkschaften versuchen den Beitritt Chinas in die WTO zu verhindern. Zum 30. November, wenn sich der WTO-Ministerrat im amerikanischen Seattle trifft, haben verschiedenen Organisationen, u.a. auch die amerikanischen Gewerkschaften, zu Massenprotesten aufgerufen. Die Befürchtungen der Gewerkschaften gehen dahin, dass durch den Beitritt Chinas zur WTO der Versuch, internationale Sozialstandards zu torpedieren, noch forciert wird.



Küstenstadt zu erhöhen. Zu den Profiteuren gehören vor allem VW und GM. Schanghai dürfte diese Entwicklung bald ähnliche Probleme bescheren wie Guangzhou (Kanton), deren Zentrum durch Hochstraßen verunstaltet wurde, oder Peking, wo bald auch die letzten traditionellen Viertel Hochhäusern und Stadtautobahnen gewichen sein werden.

Demo gegen Clinton-Besuch in Athen



Gegen den Besuch von US-Präsident Clinton in Athen haben Zehntausende in der griechischen Hauptstadt protestiert. Der Besuch Clintons war wegen „Sicherheitsbedenken“ auf 22 Stunden zusammengestrichen worden. Die Demonstranten gedachten zunächst eines 1973 von der Militärjunta niedergeschlagenen Studentenaufstandes und zogen dann vor die Botschaft der USA.

EU-Parlament: Keine Absage an den Krieg

Das Europäische Parlament schließt Krieg als Mittel zur Lösung internationaler Konflikte nicht aus. Die Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordisch Grün-Linke hat am Donnerstag in Strasbourg in einem Antrag eine solche Delegitimierung kriegerischer Instrumente für die Europäische Union verlangt. Der Bericht über die geplante institutionelle EU-Reform, der zur Abstimmung stand, fordert dagegen eine auf „glaubwürdigen militärischen Mitteln“ basierende außenpolitische Handlungsfähigkeit der EU. Bis 2003 soll eine eigene schnelle Eingreiftruppe für so genannte Krisenoperationen geschaffen werden. Eine Mehrheit der Abgeordneten stimmte bei der Verabschiedung des Dokuments gestern gegen die von der linken Fraktion eingebrachte eindeutige Gewaltabsage.

KFOR schließt serbische Zeitung

Pristina, 18.11.99. Den Redaktionsmitgliedern der Tageszeitung „Jedinstvo“ in Pristina, der einzigen Zeitung in serbischer Sprache, die nach dem Einmarsch der KFOR in Kosovo und Metochien erschien, wurde der Zutritt in das Verlagshaus „Jedinstvo“ und ihre Redaktionsräume verboten. Nach einem Erlass der UNO-Zivilmission zog die Redaktion der albanischen Zeitung „Dardania“ in die Räumlichkeiten von „Jedinstvo“ ein. Die gesamte Einrichtung und alle Produktionsmittel wurden der Redaktion von „Dardania“ überlassen. Das Informationsministerium der Republik Serbien verurteilte die Aktion als Raub des öffentlichen Eigentums. Nach dem

fast fünfzigjährigen Erscheinen wird nun „Jedinstvo“ praktisch liquidiert. (Quelle: Amsfeld Newsletter)

Albright wütend wegen Satellit

Jerusalem, 18.11.99. Die US-Staatssekretärin Madelaine Albright war „schrecklich wütend“, als sie erfuhr, dass eine israelische Firma dem jugoslawischen öffentlichen Fernsehsender RTS hilft, den Sendebetrieb via Satellit zum ersten Mal nach der NATO-Aggression wieder aufzunehmen, schreiben israelische Zeitungen. Unter dem Druck der Albright höchstpersönlich wurde die Firma gezwungen, ihre Dienste und den Platz auf dem Satellit „Amos-1“ dem jugoslawischen Sender zu verweigern. Dies war eines der Themen der Gespräche zwischen Albright und dem israelischen Premierminister Ehud Barak, die in Oslo stattfanden. Ein Vertreter der Firma „Spacecom“ bestätigte, dass sein Unternehmen dem jugoslawischen Sender aufgrund eines direkten Erlasses der israelischen Regierung seine Dienste verweigerte. Der Sprecher der amerikanischen Botschaft in Israel Larry Schwarz bestätigte ebenfalls, dass die US-Regierung mit den israelischen Vertretern zu diesem Thema „Gespräche führte“ ... „Wir sind besorgt über jegliche Hilfeleistung für Milosevics Propaganda-Maschinerie“, sagte Schwarz. (Quelle: Amsfeld Newsletter)

Balkan: Kriegführen wird belohnt

US-Präsident Bill Clinton hat die bereits seit dem Kosovo-Krieg bestehenden Beschränkungen bei der Visa-Vergabe für hohe Mitglieder der jugoslawischen Regierung ausgedehnt. Demnach werden

künftig auch engen Familienmitgliedern, sonstigen Verwandten und Freunden von Präsident Slobodan Milosevic sowie wichtigen Funktionären und Militärs keine Einreise-Visa mehr zu Besuchen in den USA erteilt. Gleichzeitig wurde dem Kongress ein Entwurf für ein erweitertes Handelspräferenz-System für Südost-Europa vorgelegt. Die Vorlage soll über fünf Jahre Ländern, die den Krieg der NATO gegen Jugoslawien unterstützt haben, Handelsvorteile einräumen. Vorgesehen sind darin zollfreie Importe in die USA, etwa von Eisen- und Stahlerzeugnissen Schuh, landwirtschaftlichen Produkten, Glas, Keramik und anderen Exportwaren. Nutznießer wären im Fall der Annahme durch den Kongress Albanien, Bosnien, Bulgarien, Kroatien, Mazedonien, Rumänien, Slowenien, Montenegro und der Kosovo.

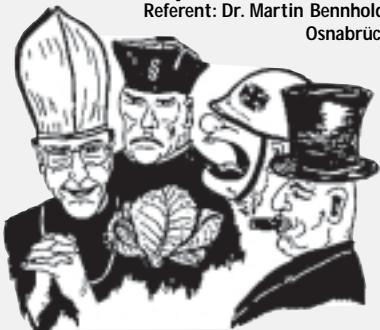
Rumänien: EU übernimmt die Regierungsgewalt

Die EU-Kommission will jetzt einen direkten Einfluss auf die Regierungsgeschäfte in Rumänien. Zu diesem Zweck war der EU-Osterweiterungskommissar Günther Verheugen in Sofia. Dort unterbreitete er der Regierung einen Plan der EU, der vorsieht, dass die Regierungsgewalt in Rumänien von einer internationalen Kommission wahrgenommen werden soll. Diese Kommission, die sich paritätisch aus Vertretern der EU, des Internationalen Währungsfonds und der rumänischen Regierung zusammensetzen soll, müsste zuerst eine wirtschaftliche Bestandsaufnahme des Landes durchführen und in der Folge davon ein wirtschaftliches Entwicklungsprogramm für Rumänien erarbeiten. Nach Presseinformationen soll das Parlament keinen Einfluss auf diese Kommission haben. Präsident Constantinescu und Ministerpräsident Vasile haben schon grünes Licht für diese Art Neokolonialismus signalisiert. Oppositionssprecher Illescu protestierte heftig gegen die „Verletzung der Souveränität und Unabhängigkeit des Landes“. Verheugen hatte aber in Bukarest deutlich gemacht, dass eine souveräne Regierung für die geplante Osterweiterung der EU eher hinderlich sei. Hintergrund für die Aktion der EU sind die zunehmenden sozialen Proteste in Rumänien. Mit Straßenblockaden, der Lahmlegung des Bukarester Hauptbahnhofs für mehrere Stunden und dem Sturm auf Verwaltungsgebäude hatte Arbeiter und Angestellte ihrer Forderung nach Lohn erhöhungen Nachdruck verliehen. Studenten fordern eine Aufbesserung der kümmerlichen Studienbeihilfen, warme Hörsäle und Wohnheime. Das Innenministerium hat schon vorsorglich die Gehälter für Soldaten und Polizisten erhöht, weil nach Einschätzung der Regierung sich die Proteste in den nächsten Wochen verschärfen werden.

Zusammenstellung: hav

Reinhard Opitz' Analyse des Faschismus als spezifische Erscheinungsform des modernen Imperialismus

Referent: Dr. Martin Bennhold,
Osnabrück



Samstag, 4. Dezember 1999, 13.30 Uhr
Jugendgästehaus Köln-Deutz, Siegesstr. 5a
Veranstalter:
Herausgabekreis Antifaschistische Nachrichten

Reinhard Opitz hat in genauen Untersuchungen den Zusammenhang zwischen Nationalsozialismus und dem notwendigen Expansionsinteresse des Kapitals, vor allem seiner Monopole, analysiert. Er hat die besonderen ideologischen Bedingungen aufgedeckt, die auf Grund der völkischen Denktraditionen in Deutschland – bis weit in die Arbeiterbewegung hinein – gegeben waren und genutzt werden konnten. Der Referent Martin Bennhold ist Rechtssoziologe an der Universität Osnabrück.

Proteste gegen Abschiebung von AIDS-kranken Flüchtlingen

MÜNCHEN. Eine Woche lang hing das Transparent an der Fassade der Münchner AIDS-Hilfe: „Wir verurteilen die Abschiebung von AIDS-kranken Flüchtlingen“. Bei ihrer Einreise 1991 und 1995 wurde bei zwei Togolesen ohne ihr Einverständnis ein AIDS-Test durchgeführt. Beide sollen nun nach Togo abgeschoben werden. Bisher wurden sie von einem Münchner Spezialisten behandelt. „Die Medikamente gegen die Vermehrung des HI-Virus sind überlebensnotwendig für meine Patienten“, so der Arzt, „eine ausreichende medizinische Versorgung ist in Togo für die beiden nicht vorhanden.“ Aber den Anwälten ist es noch nicht gelungen, einen Abschiebeschutz aus humanitären Gründen für sie vor Gericht durchzusetzen. Die AIDS-Hilfe fordert deshalb: Bei Zwangstests hat der Staat die moralische Pflicht, den kranken Menschen auch ein Bleiberecht zu geben. *mlb*

Mehr Demokratie in Thüringen

ERFURT. Die Bürgeraktion Mehr Demokratie startete im November erstmals ein Volksbegehren für mehr Bürgerbeteiligung in einem ostdeutschen Bundesland. Ähnliche Initiativen waren bisher in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bre-

men, Hamburg und NRW aktiv. Ziel der Initiative ist die Senkung der Hürden für landesweite Volksentscheide und kommunale Bürgerentscheide. Unterstützt werden die Thüringer von den Gewerkschaften DGB, HBV, ÖTV, vom Unternehmerverband ASU, dem Bund der Steuerzahler, dem BUND, von Jusos und PDS. <http://www.mehr-demokratie.de>

Gegen den geplanten „freiwilligen Polizeidienst“ in Hessen

KASSEL. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Kritischer PolizistInnen (Hamburger Signal) e.V. und Safercity erklären: „Es ist nicht vernünftig, alles zu probieren, was angeblich Sicherheit erzeugt. Die Einführung eines freiwilligen Polizeidienstes in Hessen hat Kontrolle und Repression zur Folge. Jegliche Art der Überwachung und der Repression ist mit einem Stück Unfreiheit verbunden. In einer rechtsstaatlichen Demokratie muß alles getan werden, um den BürgerInnen möglichst viel Freiheit zu gewähren. Zudem erleben wir in der Gesellschaft eine Unkultur des Wegschauens. Derartiges Verhalten wird durch den Einsatz von freiwilligen PolizeihelperInnen noch unterstützt, da die normale Verantwortung des Einzelnen zu helfen institutionalisiert wird ... Letztendlich bedürfen jegliche Eingriffsbefugnisse in bürgerliche Freiheitsrechte einer professionellen Grundlage, die FeierabendpolizistInnen mit 50 Ausbildungsstunden nicht beigebracht werden kann.“

<http://www.is-kassel.de/safercity/>

Freiheit für Mumia Abu-Jamal !

Abu-Jamals Verteidiger wollen bis zum 7. Dezember eine Reihe von Präzedenzfällen schriftlich anführen, auf die sie ihren Antrag auf ein neues Verfahren stützen. Insgesamt macht das Verteidigerteam um Len Weinglass 29 Punkte geltend, in de-

nen Mumias verfassungsmäßige Rechte auf ein faires Verfahren in dem Prozeß von 1982 verletzt wurden. Am 7. Dezember will Len Weinglass Richter Yohn auch die vielen Solidaritätsfaxe überreichen, in denen Menschen aus aller Welt den Richter auffordern, Mumia ein neues Verfahren zu gewähren. Das bundesweite Treffen der Mumia-Soligruppen hat Ende Oktober entschieden, dass am 5. Februar in Berlin eine bundesweite Demonstration unter dem Motto „Für das Leben und die Freiheit von Mumia Abu-Jamal“ und mit den Forderungen „Abschaffung der Todesstrafe, Freiheit für alle politischen Gefangenen“ stattfinden soll, um so vor der ersten mündlichen Anhörung vor Richter Yohn noch einmal massiv Öffentlichkeit zu schaffen. Davor wird es am 2. Dezember, dem internationalen Aktionstag für Mumia, in verschiedenen deutschen Städten Aktionen geben. Das Bild zeigt eine Aktion in Kaiserslautern <http://www.berlinet.de/ari/kampagne/mumia/news>

Friedenstaube beim Volkstrauertag

KÖLN. Erstmals hat in diesem Jahr der Friedensarbeitskreis Pax An zwei Kränze bei der Gedenkfeier am 14.11. im Lichthof niedergelegt. Eine Friedenstaube und die Schleifenaufschrift „den Kindern und Kindeskindern der Opfer des 2. Weltkriegs, die in diesem Jahr Opfer deutscher Kriegsführung geworden sind“, sind den zivilen Opfern aller Kriege, insbesondere den Toten des jüngsten Kriegs gegen Jugoslawien, gewidmet. Diese Kriegsopfer blieben in der Veranstaltung sonst unberücksichtigt. Im Vorfeld kam es zu einer Auseinandersetzung mit der Polizei, als diese das Zeigen eines Spruchbands mit der Aufschrift „Kein Mensch ist kollateral“ untersagte. Begründung: Dies erfülle den Tatbestand der strafbaren Handlung „Durchführung einer nicht genehmigten Ver-



sammlung“. Pax An beugte sich schließlich der Polizeigewalt und legte unter Protest das beanstandete Spruchband nieder. Am Ende der Veranstaltung konnten die Teilnehmer weitere Plakataufschriften lesen: Niemals wieder! Kragujevac, Novi Sad, Nis, Aleksinac ... Hatten wir uns nicht geschworen: Nie wieder Krieg von deutschem Boden? Neue Kriege verhindern! Zivile Konflikt-Intervention statt Militär! Ohne Soldaten wäre Kriegsgräberfürsorge überflüssig. *Lokalberichte Köln*

Handlanger der Mullahs

NÜRNBERG. „Ja, wo leben wir denn? Dass Polizisten im Auftrag der Ausländerbehörde eine Frau gewaltsam dazu zwingen, ein Kopftuch anzulegen, damit sie nach den Maßgaben der iranischen Botschaft fotografiert werden kann, verletzt unsere rechtsstaatlichen Grundsätze und muß Konsequenzen haben.“

Christine Stahl, rechtspolitische Sprecherin der grünen Landtagsfraktion in Bayern, empört sich über einen Vorfall auf dem Nürnberger Ausländeramt, der jetzt bekannt wurde und bei dem eine Iranerin am 3. November erheblich verletzt wurde. Christine Stahl nannte das Verhalten der Behörde einen tiefen Eingriff in das Persönlichkeitsrecht und die Zwangsmaßnahmen eine vorauseilende Anpassung an religiöse Diktatoren. Das Kopftuch sei im Iran ein Symbol für die Unterdrückung der Frau und gerade im vorliegenden Fall einer der Fluchtgründe. Die Weigerung der Iranerin es anzulegen, müsse unbedingt respektiert werden. Deutschland richte sich schließlich nach seinen eigenen Rechtsmaßstäben. Die gesetzlich vorgeschriebene Mitwirkungspflicht von abgelehnten Asylbewerbern greife nicht. Es sei zu erwarten, dass noch weitere Frauen mit denselben Methoden zu diesen Fotos gezwungen würden. Das Nürnberger Ausländeramt war vor kurzem in die Schlagzeilen geraten, weil sich ein Richter in einem Asylverfahren massiv unter Druck gesetzt sah und sich daraufhin für befangen erklärt.

<http://www.gruene.bayern.landtag.de>

Erinnerung an I.G. Farben?

KÖLN. „Ausgerechnet zum 61. Jahrestag der faschistischen Pogromnacht vom 9. November 1938 kündigen BASF, Bayer und Hoechst an, ihr Traditionsgeschäft wieder zusammenzulegen. Für die Opfer des Nazi-Terrors ist das unerträglich“, protestierte Peter Gingold, Vorstandsmitglied des Auschwitz-Komitees und Sprecher der VVN. Und der Dachverband der Kritischen Aktionäre mahnt: „Die Alliierten des Zweiten Weltkriegs haben den Kriegsverbrecher-Konzern I.G. Farben ganz bewusst zerschlagen.“ Zuerst müssten mindestens die Entschädigungen für ZwangsarbeiterInnen geregelt sein.

<http://www.kritischaktionare.de>



10000 auf der Stunk-Parade

BERLIN. Rund 10000 AtomkraftgegnerInnen aus dem ganzen Bundesgebiet protestierten am 13. November in Berlin für die sofortige Abschaltung aller 19 deutschen Atomkraftwerke. Die Umweltverbände BBU, BUND, Greenpeace und NABU unterstützten die von der wendlandischen „Bäuerlichen Notgemeinschaft“ und der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg organisierte Großdemonstration. Mit 104 Treckern und einem Castor-Nachbau in Originalgröße beteiligten sich Bauern aus dem Raum Gorleben. Zum gleichen Zeitpunkt kündigte der Chef des Bayernwerks, Otto Majewski, eine Klage vor dem Verfassungsgericht an. Wenn ein Ausstiegsgesetz mit Laufzeiten von 25 Jahren verabschiedet werden sollte, werde sich die Branche in Karlsruhe zur Wehr setzen.

<http://www.stunkparade.de/aktuell>

Aktion zum Gedenken an Silvio-Meier

BERLIN. 3.000 - meist junge Leute - beteiligten sich am Silvio-Meier-Gedenken am Sonntag in Berlin. Silvio Meier war im Jahre 1992 von Rechtsextremen am U-Bahnhof Samariterstraße in Berlin erstochen worden.

Ein Bündnis antifaschistischer Gruppen hatte Mahnwache und Demo organisiert. Sie richteten sich vor allem gegen die Zunahme von rechten Läden und Treffs rechter Kräfte in Gaststätten Berliner Stadtbezirke. Unter Ladentischen wird rechtsextremes Material verkauft. Nach Recherchen der Antifaschistischen Aktion und von Journalisten gehören dazu Aufnäher von verbotenen Bands wie „White Power“ und Propagandamaterial des rechtsradikalen Netzwerkes „Blood & Honour“. Der Bezirksabgeordnete der PDS im Berliner Stadtbezirk Friedrichshain, Freke Over, erklärte, dass rechtsextreme Treffs in diesem Stadtbezirk nicht geduldet werden. Die Demo war ein Erfolg der antifaschistischen Kräfte in Berlin. Unter starkem Polizeiaufgebot verließ sie weitgehend friedlich.

(abe, Quelle: ND 20. und 22.11.1999)

Bündnis gegen Rechts in Brandenburg in Frage gestellt

IN BRANDENBURG braut sich Streit über das landesweite Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zusammen. Es war 1997 auf Initiative der SPD-Landesregierung entstanden, dem mehr als 30 Verbände und Organisationen beigetreten waren. Es wird von der Regierung mit 500.000 Mark pro Jahr gefördert.

Allerdings scheint sich nun mit der Koalitionsregierung SPD/CDU und nach dem Einzug der DVU in den Landtag das Bild zu ändern. Michael Schumann, innenpolitischer Sprecher der PDS im Landtag Brandenburg, hatte nach Bekanntwerden des Koalitionsvertrages SPD/CDU beim SPD-Fraktionschef angefragt, warum es darin keine „zusammenfassende Formulierung, die die Bekämpfung des Rechtsextremismus als entscheidende Herausforderung der Brandenburger Politik qualifiziert“, gibt. Er wollte wissen, warum das Aktionsbündnis in ein Bündnis gegen politischen Extremismus umgetauft werden solle. Eine Antwort erhielt er bisher nicht.

Allerdings erklärte der parlamentarische Geschäftsführer der CDU Dierk Homeyer, dass er von den Mitgliedern des Aktionsbündnisses „Vernunft“ erwarte und sie einer Namensänderung zustimmen werden. Besteht etwa auch ein Zusammenhang mit der Anfrage der DVU-Fraktion im Landtag, auf die Innenminister Schönbohm u.a. antwortete, dass es in Brandenburg etwa 500 Linksextreme (darunter DKP und KPD-Mitglieder) gäbe? Liegt darin der Sinn der beabsichtigten Namensänderung des Bündnisses?

Für die PDS ist das eine gezielte Abwertung des Anliegens des Bündnisses, den wachsenden Rechtsextremismus in Brandenburg konsequent zu bekämpfen. Michael Schumann, PDS, meint, dass „Stolpe damit eine Riesendiskussion an den Hals“ bekommt, sollte die SPD-CDU-Koalition eine eindeutige Ausrichtung gegen den Rechtsextremismus verbieten wollen. Gerät die SPD in Brandenburg nun auch politisch ins Schlepptroupe rechter Kräfte in der CDU in Brandenburg? (abe)

Die nächsten Kriege werden heute vorbereitet

Der zweite Kongress der Informationsstelle Militarisierung in Tübingen führte am 6. und 7.11.1999 Friedensaktivisten aus den unterschiedlichsten politischen Strömungen aus der gesamten Republik zusammen. „Die nächsten Kriege“ – so das Motto des Kongresses – werden heute vorbereitet. Und sie werden auch gerade hierzulande vorbereitet – daran ließ der Kongress keinen Zweifel. In vier Workshops erarbeiteten sich rund 80 Interessierte Fakten, Hintergründe und Positionen zu den aktuellen Konfliktberden Kaukasus und Ost-Timor, sowie zu den Themen Rüstungshaushalt und Information Warfare.

Zuvor hatte Tobias Pflüger in seinem Eröffnungsreferat eine Bilanz des NATO-Angriffskrieges gegen Jugoslawien gezogen und Strukturen künftiger Kriege herausgearbeitet. Pflüger wandte sich gegen die These, die Bundesregierung und die anderen europäischen NATO-Staaten seien in diesen Krieg lediglich hineingestolpert oder von den USA hineingezogen worden. Wenn auch die militärtechnische Überlegenheit der USA nicht zu übersehen war, so haben doch die führenden europäischen NATO-Staaten Großbritannien, Frankreich und Deutschland eine überaus aktive Kriegsrolle gespielt und unternehmen derzeit Anstrengungen, die Europäische Union zu einer Militärgemeinschaft auszubauen, die künftig auch ohne die USA militärisch agieren und intervenieren kann.

Erstmals bei einem Treffen der Friedensbewegung wurde eine Resolution gegen die Militarisierung des Cyberspace beschlossen. In ihr wird die Rücknahme der US-Strategie für offensive Computerkriegsführung verlangt. In der entsprechenden Arbeitsgruppe, die von Ralf Bendorath und Andreas Seifert geleitet wurde, gab es Hinweise auf die Gefahr, dass auch die Bundeswehr offensive Fähigkeiten zum Führen von Computerkriegen entwickeln könnte.

In der Arbeitsgruppe Kaukasus analysierte der Frankfurter Publizist Klaus D. Fischer die innenpolitische Situation der Staaten in dieser strategisch bedeutenden Region. Insbesondere wurde das Ränkespiel der Großmächte um Öl und Pipelines thematisiert und davor gewarnt, nach dem Muster des Krieges gegen Jugoslawien, Nationalitäten- oder Minderheitenkonflikte zum Vorwand für ein Eingreifen der NATO zu benutzen.

Im Workshop Ost-Timor arbeiteten Claudia Haydt und Hanafi Tjahjadi-Müller in ihren Referaten heraus, dass Indonesien ohne die Hilfe westlicher Staaten kaum überlebensfähig wäre. Die militärische Aufrüstung des autoritären Staates Indonesiens wurde in den vergangenen Jahrzehnten insbesondere auch von den USA und Deutschland vorangetrieben, die frühere „Kohl-Suharto-

Connection“ war dafür ein Sinnbild. Mit dem Satz, dass „diejenigen, die erst das Feuer geschürt haben, jetzt Feuerwehr für Menschenrechte spielen“ brachte Claudia Haydt eines der Probleme auf den Punkt.

In einer zweiten Erklärung wendet sich der Kongress gegen jeglichen Kriegswaffenexport nach Indonesien und fordert die Bundesregierung auf, die Ausbildungszusammenarbeit mit dem indonesischen Militär sofort zu stoppen.

Die deutschen Soldaten, die in Australien stationiert wurden, sollen abgezogen werden, die finanziellen Mittel dafür in zivile Strukturen investiert werden.

Auch qualitativ mehr fürs Militär

Arno Neuber und Paul Schäfer untersuchten die bundesdeutschen Rüstungsausgaben im Bundeshaushalt 2000. Die im Einzelplan 14 (Verteidigungsetat) ausgewiesenen 45,3 Milliarden DM stellen tatsächlich nur 76% der Militärausgaben dar. Legt man die einheitlichen Kriterien der NATO zugrunde, summieren sich die Rüstungsausgaben der Bundesrepublik im nächsten Jahr auf satte 59,6 Milliarden DM. Trotzdem ist dieser Haushalt der „qualitativen Aufrüstung“ (Tobias Pflüger) lediglich ein Übergangsetat. Es bleibt abzuwarten, ob sich die Linie Scharping (20 Milliarden DM zusätzlich für den Ausbau der Bundeswehr zur Interventionstruppe) oder die Variante einer Konzentration auf die kriegstauglichen Truppenteile bei gleichbleibendem oder leicht sinkendem Rüstungsetat, wie sie die Wehrexpertin von Bündnis 90/Grüne, Angelika Beer, vorschlägt, durchsetzen wird. An einem weiteren Umbau der Bundeswehr zum Interventionsinstrument hält auch die Regierung Schröder/Fischer fest. Für die Friedensbewegung bleibt es daher bedeutsam, in diese Debatte mit einem Konzept zu qualitativer (und nicht nur rein zahlenmäßiger) Abrüstung einzutreten.

Das Abschlussplenum des Kongresses verurteilte noch einmal die Lieferung eines „Probe“-Panzer Leopard 2A5 an die türkischen Militärs und verlangte die Einstellung aller Kriegswaffenexporte an das türkische Regime, auch wenn sie über den Umweg eines dritten NATO-Staates laufen sollten, wie im Falle des Kampfhubschraubers Tiger.

Ein Kongress-Reader ist in Vorbereitung und kann schon heute bestellt werden bei: Informationsstelle Militarisierung, Burgholzweg 116/2, 72070 Tübingen, Telefon und Fax: 07071-49154 und 49159, mailto:IMI@gaia.de

<http://www.umb.de/ph/im>

Arno Neuber, Beirat der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.

Der 6. Friedenspolitische Ratschlag hat eine doppelte Bilanz zu ziehen: Die Bilanz eines Jahrhunderts der Weltkriege und der Massaker und die Bilanz des jüngsten NATO-Krieges, der an der Schwelle zum 21. Jahrhundert die Weltordnung und die internationalen Beziehungen in seinen Grundfesten erschüttert hat. Der NATO-Krieg gegen Jugoslawien markiert in der Tat einen Wendepunkt in der Geschichte der internationalen Beziehungen seit dem Zweiten Weltkrieg. Er stellt einen Präzedenzfall dar zur Selbst-Autorisierung illegaler internationaler Gewaltanwendung und zur Missachtung des Gewaltmonopols der Vereinten Nationen. Wie steht es künftig mit dem Völkerrecht? Wie ist es um die universellen Menschenrechte bestellt? Welche Zukunft hat die Menschheit angesichts zunehmender Armut, Gewalt und militärischer Drohungen? Welchen Stellenwert haben nicht-militärische, zivile und gewaltfreie Optionen in der internationalen Politik und Diplomatie? Über welche Wirkungsmöglichkeiten verfügen antimilitaristische und pazifistische Konzepte und Bewegungen?

Programm

SAMSTAG, 4. DEZEMBER

Ab 11.00 Uhr: Einlass, Anmeldung
12.00 Uhr Eröffnung, Begrüßung, Einführung (Dr. Peter Strutynski)

12.30 – 14.00 Uhr; Plenumsreferate

1. Jahrhundertbilanz Krieg und Frieden (Hans Arnold, Botschafter a.D.)
2. Lehren aus dem Kosovo-Krieg (Prof. Dr. Ulrich Albrecht, FU Berlin, Vorsitzender der AFK-Arbeitsgemeinschaft Friedens- und Konfliktforschung)
3. Die „Logik“ des Krieges durchbrechen - Den Frieden vorbereiten (Ellen

Grässlin neuer Bundes-sprecher der DFG-VK

Der bekannte Rüstungskritiker und Buchautor Jürgen Grässlin ist in München auf dem 12. ordentlichen Bundeskongress der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK) zum Bundessprecher gewählt worden. Dem Vorstand gehören außerdem an: Kathrin Vogler, Angsar Schmidt und Kai-Uwe Dosch. Grässlin erklärte, der Verband werde künftig neben den klassischen Themen Kriegsdienstverweigerung und Militärkritik verstärkt positive Alternativen aufzeigen und ausarbeiten, mit denen Kriegsursachen und Gewalt wirksam bekämpft werden können. Hierzu gehören die Zivile Konfliktbearbeitung und Prävention ebenso wie die nachhaltige Veränderung militaristischer Strukturen beispielsweise durch eine stetige Reduzierung des Verteidigungshaushaltes bis hin zu einer "Bundesrepublik ohne Armee", Programme der Rüstungskonversion und die Entwicklung ziviler Friedensdienste.

Diederich, Internationales Frauenfri-
densarchiv Fasia Jansen)

14.30 – 16.00 Parallele Foren und Ge- sprächskreise

Zu 1) Jahrhundertbilanz Krieg und Frieden: Forum 1a: Kriegsentwicklung, Kriegsschauplätze und Kriegsfolgen im 20. Jahrhundert (Prof. Dr. Ernst Woit, Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik). Forum 1b: Zu den Kontinuitäten deutscher Außen- und Geopolitik (Lorenz Knorr)

Zu 2) Folgen aus dem NATO-Krieg: Forum 2a: Ökologische Folgen von Rüstung und Krieg: Das Beispiel Jugoslawien

16.30 – 18.00 Uhr Parallele Foren und Gesprächskreise

Zu 1) Jahrhundertbilanz Krieg und Frieden: Forum 1c: Zum Traditionsverständnis und zur Rechtsentwicklung der Bundeswehr (Ulrich Sander, Bundessprecher der VVN-BdA). Forum 1d: Neue Waffen für neue Kriege: Weltraumwaffen, „Information Warfare“ (Regina Hagen, Friedensforum Darmstadt, Ralf Bendrath, Berlin-angefr.).

Zu 2) Folgen aus dem Kosovo-Krieg: Forum 2c: Die neue Rolle der NATO und die Militarisierung der EU: Kooperation oder Konkurrenz? (Clemens Ronnefeldt,

„Alle machen Krieg – und kaum einer regt sich auf“ – Der NATO-Krieg, die öffentliche Meinung, die Aktivitäten der Friedensbewegung und die Lethargie der Massen. Podiumsdiskussion mit Teilnehmer/innen aus: Griechenland, Ungarn, Österreich, USA, BRD

SONNTAG, 5. DEZEMBER

9.00 - 11.00 Podiumsdiskussion

Der Krieg – eine Medieninszenierung? – Zur Rolle der Medien vor, in und nach dem Krieg. Mit Elvira Claßen (Red. ZivilCourage), Eckart Spoo (Red. Ossietzky), Ekkehart Sieker (WDR), Rüdiger Göbel (Außenpolit. Redakteur der Jungen Welt), angefr.: Sascha Adamek (ORB)

11.15 - 12.45 Plenum

Gemeinsame Projekte der Friedensbewegung

- z.B. Atomwaffen abschaffen (Tobias Damjanov, Hamburg, INES)

Anklage gegen die NATO: Ein Tribunal (Wolfgang Richter, Berlin, GBM)

Mit der Abrüstung ernst machen (Lühr Henken, Hamburger Forum)

Zivile Alternativen stärken (Christine Schweitzer, Bund für soziale Verteidigung)

Anschließend Diskussion

13 Uhr Rede von Ramsey Clark

(Früherer US-Justizminister, Verfasser der Anklageschrift über NATO-Kriegsverbrechen gegen Jugoslawien, International Action Center, New York)

13.45 Schlusswort

Tagungsort: Uni-Gesamthochschule Kassel, Standort: Wilhelmshöher Allee 73.

Anmeldung: Friedensratschlag, c/o DGB Kassel, Spohrstr. 6, 34117 Kassel

oder Tel. 0561/8042314; FAX 8043738.

e-mail: strutype@hrz.uni-kassel.de

<http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/rat/1999/programm1999.html>

Einladung zum 6. Friedenspolitischer Ratschlag am 4. und 5. Dezember in Kassel

Was folgt nach dem Jahrhundert der Kriege? Alternativen der Friedensbewegung

(Prof. Dr. Knut Krusewitz, Friedenswerkstatt Rhön). Forum 2b: Weltpolitische Folgen: Völkerrecht - UNO - OSZE - Neue Kriege? (Prof. Dr. Werner Ruf, Uni GhK, Nikos Fotiadis, Griechenland)

Zu 3) Die „Logik“ des Krieges durchbrechen - Den Frieden vorbereiten: Forum 3a: Krieg für Menschenrechte? Kritik des „humanitären Interventionismus“ (Dr. Wolfgang R. Vogt, Hamburg). Forum 3b:

Zwischen Vision und Realität: Die Alternativen der Friedensbewegung (Prof. Dr. Hans Mausbach, Frankfurt a.M.; N.N. Österreich).

Gesprächskreis: Schwindet die Ausstrahlungskraft der Friedensbewegung auf die Jugend? (Verantw.: Horst Bethge, Hamburg, Gottfried Müller, Kiel)

Referent für Friedenfragen im Versöhnungsbund, Tobias Pflüger, IMI Tübingen). Forum 2d: Konfliktregionen der Zukunft: z.B. der Kaukasus (Detlef Bimboes, Wiesbaden).

Zu 3) Die Logik des Krieges durchbrechen - Den Frieden vorbereiten: Forum 3c: Rüstung, Ökonomie und soziale Frage: Es gibt keine Alternative zur Abrüstung (Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Universität Bremen-angefr.). Forum 3d: Wege aus der Gewalt: von Kurdistan bis Ost-Timor (Prof. Dr. Andreas Buro, Komitee für Grundrechte und Demokratie).

Gesprächskreis: Hilfe für das zerstörte Jugoslawien - Anregungen, Projekte, Austausch (Verantw.: Horst Bethge, Hamburg, Wolf Zimmermann, Kassel)

19.00 - 21.00 Uhr Internationales Forum



Postkarten: Dagegen haben wir etwas – Quelle: DFG-VK Baden-Württemberg. <http://www.dfg-vk.de>

Die beiden Postkarten können in jeder Menge kostenlos bestellt werden bei:

Pazifix, Alberichstr. 9, 76185 Karlsruhe



Boom!

Im Osten nichts Neues

Nur für eine Woche zusammengefasst, ist die Aussicht auf einen Boom der Wirtschaft in den neuen Bundesländern wenig rosig. Die Auswirkungen der Globalisierung sind hier deutlicher zu verzeichnen, als anderswo. Gleichzeitig wird deutlich, dass es nicht nur ein Problem für die Ostwirtschaft ist, sondern die Reduzierungswalze überall rollt und kaum ein Unternehmen verschont. Zurückbleiben ratlose Betriebsräte und verdutzte Belegschaften, die sich in Zweikoptimismus üben und aufatmen, wenn die Betriebsstilllegung in diesem Falle an ihnen vorbeigangen ist. Unterm Strich aber bleiben mehr Arbeitslose, hilflose Landesregierungen, geifernde Oppositionsparteien und der Geruch von Korruption und Mißwirtschaft übrig.

Im einzelnen. Der Bahnbaukonzern Adtrans probiert nun schon das vierte Sanierungskonzept, das den unverständlichen Namen „LEAP“ trägt, was so etwas wie „Sprung“ bedeutet und schlank, effizient, attraktiv und profitabel zusammenfasst. So schön dieser Name auch sein mag, für die Belegschaft bedeutet er einen weiteren Stellenabbau, bundesweit im Unternehmen 400 bis 450. Die kommen zu den Entlassungen noch hinzu, die schon durch das vorhergehende Konzept, nämlich 800 Stellen, vorgesehen waren. Zum Konzern gehören Unternehmen in Nürnberg und Hennigsdorf bei Berlin. Der Konzern steht mit 762 Mio. DM im Minus, die aus der schlechten Marktlage, aber auch aus Missmanagement resultieren. Andere Schienenfahrzeughersteller wie Siemens und Bombardier kämpfen auch ums Überleben. Adtrans schloss nun erst einmal fürsorglich das Unternehmen in Nürnberg. An den Beschäftigten in Hennigsdorf ging der Krug erst einmal vorbei. Für wie lange? Möglicherweise betrachten sich die Hennigsdorfer erst einmal als „Gewinner“. Der Gesamtbetriebsrat fordert politische Unterstützung an und weiß, dass das „LEAP“ für alle Standorte Konsequenzen haben wird. Widerstand sei erforderlich. Doch Näheres wurde nicht gesagt. Ein ratloser Betriebsrat!

Hundert Energiearbeiter protestierten kürzlich gegen die beabsichtigte Kürzung von Arbeitsstellen im Vereinigte Energiewerke AG (VEAG, Anteilseigner sind RWE und VEBA/VIAG) im Braunkohlerevier Lausitz/Brandenburg. Die Entscheidung des Aufsichtsrates blieb nebulös: Betriebsbedingte Kündigungen sind möglich. Der Gesamtbetriebsrat erklärte, dass diese Absicht von den Arbeitnehmern nicht akzeptiert werde. Mit einem eigens erarbeitenden Konzept hat-

te der Betriebsrat vorgeschlagen, Teile des Unternehmens aus den Kürzungen auszunehmen, weil diese „unverzichtbar“ seien. Die Forderung lautet, die VEAG als ostdeutsches Unternehmen zu erhalten.

Im Hintergrund geht es um die Zukunft der VEAG: die Auflösung der Treuhand-Privatisierung, ein Stabilisierungsprogramm und einen neuen Eigentümer. VEAG wird möglicherweise mit in die Fusion der VEBA und VIAG einzogen, die zusammen 50% der VEAG-Anteile halten. Bleibt dabei die VEAG als Unternehmen auch übrig, sind die Folgen des Stabilisierungsprogramms jedoch noch nicht überschaubar. Der Braunkohlenstrom soll nämlich zu „kostenorientierten Preisen“ an die Eigner verkauft und zu den üblichen Preisen europaweit vermarktet werden. Die VEAG würde die Differenz zu ihren höheren Preisen von ihnen erstattet bekommen (Braunkohlenstrom ist teurer als anderer Strom). Damit wird der eigene Handel offensichtlich eingestellt und alles in der VEAG auf die reine Stromerzeugung reduziert. Erschwerend für das Unternehmen kommt hinzu, dass ab 1. Januar 2.000 die Braunkohenschutzklausel entfällt. Es wird keine „Braunkohlenquote“ mehr geben.

Die Reaktion der Politik in Brandenburg auf diese Pläne bleibt verhalten. Der wirtschaftspolitische Sprecher der PDS im Landtag forderte, die VEAG „als politisches Konstrukt“ zu erhalten und verlangt von den Eignern eine Zusage, im Energiekomplex Jänschwalde der VEAG 4.000 Arbeitsplätze zu erhalten. Unter dieser Bedingung wurde seinerseits der Abbaggerung des Ortes Horne zugestimmt. Dann folgt die Forderung an die Landesregierung, sich für ein gesamtdeutsches Energiekonzept einzusetzen, in der die Braunkohle mittelfristig eine Chance erhält. Alles!

Weiteres Beispiel. Vor etwa einer Wo-

che wurden um Mitternacht im Aluminium Halbzeugwerk in Hettstedt (Aluhett) /Sachsen-Anhalt alle Schmelzöfen abgeschaltet, nachdem das Unternehmen den Konkursantrag stellte. Für den 320-Mann-Betrieb ist im Wortsinne der Ofen aus. Bei der Erstprivatisierung von Aluhett waren, befürwortet von der damaligen CDU-Regierung, 29 Mio. DM Fördermittel geflossen und Bürgschaften in Höhe von 154,9 Mio. DM gewährt worden. Für die Zweitprivatisierung 1996 waren es entsprechend 24,5 bzw. 32 Mio. DM. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen die Aluhett-Vertreter und die Muttergesellschaft, weil Fördermittel offenbar – wie die Betriebsräte es nannte – „vermauschen“ worden sind. Im Landtag im Magdeburg entbrannte auf den Rücken der Belegschaft ein politischer Streit, in dem es nurmehr um „einen Spuk von Falschinformationen“ geht. Die CDU wirft der SPD-Regierung vor, die Vergabe der Fördermittel, die sie in ihrer Regierungszeit ja auch vergeben hatte, nicht exakt geprüft zu haben. Der PDS-Vertreter im Landtag, Wolfgang Süß, warnte vor einem voreiligen Abschreiben des Werkes, in dem 300 (vorher eine Belegschaft von 1.000) Arbeitsplätze und ein Verkehrswert von 160 Mio. DM durch die Fördermaßnahmen geschaffen worden sind. Derweil geht in Hettstedt das Gespenst der Arbeitslosigkeit um: Nach der Entlassung der ersten 700 müssen nun die Übriggebliebenen 300 auch in die Arbeitslosigkeit. Von der Nichteisenmetallurgie, die im Mansfelder Land eine lange Geschichte hat – in diesen Tagen wird das 800-jährige Jubiläum des Kupferbergbaus gefeiert) –, ist mit dem Konkurs von Aluhett nicht mehr viel übrig geblieben. Kaum eine Familie in Hettstedt, in der niemand im Schacht oder den Hütten gearbeitet hätte. Das alles gehört der Vergangenheit an. Großväter und Söhne sind entlassen, die Enkel, die sich in Aluhett eine Chance auf einen Ausbildungsplatz aufgerechnet hatten, erhalten von dort nun ebenfalls Absagen: 33 Jugendliche stehen ohne Ausbildungsverträge auf der Straße, falls sich die Hoffnung auf einen Käufer der Konkursmasse zerschlägt. Die noch von der CDU-Regierung eingeweihte und mit Fördermitteln gebaute moderne Lehrwerkstatt steht dann leer.

Fazit einer Woche: Stellenabbau gehört zum „Aufbau Ost“ wie das Brot zum Leben. Die Arbeitslosigkeit wird nicht abgebaut, sondern aufgestockt. Die Alten verlieren ihre Arbeit und die Jugend ihre Ausbildungstellen. Die Angst grassiert. Abwarten ist die Folge. Vereinzelte Betriebsbesetzungen und Warnstreiks, Reden von Politikern in den Landtagen und Pressekonferenzen von Betriebsräten sind die Antwort. Aber: Genügt das angesichts der neuen Welle von Zweitprivatisierungen, Konkursen und Sanierungskonzepten, die für den Arbeitenden meist nur die Entlassung bringen?

(abe)



Trinkersatzung: KIEL. Der Bauausschuß der Landeshauptstadt hat jetzt die Trinkersatzung, die ähnlich wie in Elmshorn formuliert war (was für ein Zufall!), zurückgenommen. Befürchtet wird nach dem Urteil des OVG, erwirkt durch Elmshorner Punks und der Rechtsanwältin Sigrid Töpfer, eine Normenkontrollklage. Die CDU fordert jetzt das Eingreifen gegen Suchtkranke und Bettler nach dem §175 des Landesverwaltungsgesetzes (Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit). Früher hieß das Schaden von der Volksgemeinschaft abwehren.

Gewerbesteuersenkung: STUTTGART. Der neu gewählte Stadtrat Siegfried Deuschle (PDS) hat sich gegen die Forderung des Telefonkonzerns Debitel gewandt, die Gewerbesteuer als Vorbedingung für eine Niederlassung des Konzerns im Unteren Grund zu senken. Würde sich die Stadt auf diese Erpressung einlassen, würden Debitel und andere Konzerne zu weiteren Erpressungen geradezu eingeladen, zudem würde die Konkurrenz unter den Gemeinden um die Ansiedlung von Firmen weiter verschärft. Debitel, der hohe Gewinne einfahre, könne zahlen und damit seinen Beitrag zum Gemeinwesen leisten. Die Stadt solle lieber kleine und mittlere Unternehmen fördern, kleine Einzelhändler und das Handwerk in die Stadtteile zurückholen, um dort die Versorgung zu gewährleisten. Dies führt auch tatsächlich zur Schaffung von Arbeitsplätzen.

Kindertagesheime: HAMBURG. „Wir teilen die Befürchtungen von vielen Eltern und ErzieherInnen, daß die geplanten Umstrukturierungen im Bereich der Kinderbetreuung nicht die Interessen und Bedürfnisse der Kinder, sondern die Bedarfe und Sparinteressen der Behörden im Auge hat“, stellte Heike Sudmann, Bürgerschaftsabgeordnete von „Regenbogen - für eine neue Linke“ fest. „So wird mit dem Elternteilnahmebeitragsgesetz, das am 1. Januar inkraft treten soll, nur in Teilbereichen - etwa bei Geschwisterkindern - mehr Beitragsgerechtigkeit geschaffen. Die Neuregelung führt zu höherer Belastung gerade der einkommensschwachen Eltern ohne Zuwachs an Betreuung. Auch im Elementar- und Krippenbereich treffen die prozentualen Erhöhungen insbesondere einkommensschwache Familien, da die Mindestsätze stark angehoben werden. Hier fehlt jede soziale Komponente. Die im neuen Beitragsgesetz geregelte Ausgliederung von Früh- und Spätdiensten aus dem Standardangebot greift dem unter dem Begriff „KITA-Card“ geplanten, aber noch völlig unausgegorenen neuen Steuerungsmodell im Kinderbetreuungsbereich vor und schafft damit Fakten. Vor dem Hintergrund, daß

bis zum Jahr 2001 bereits 27 Millionen in der Kindertagesbetreuung eingespart werden sollen und schon jetzt Druck auf die Träger ausgeübt wird, Ganztagsgesplätze in Sechs-Stunden-Plätze umzuwandeln, lassen die weiteren Planungen nicht Gutes erahnen“.

Kraft-Wärme-Kopplung: BERLIN. Nach einem Spitzengespräch im Bundeskanzleramt zwischen Vertretern der Bundesregierung, der Koalitionsfraktionen und der Gewerkschaften ÖTV und IGBCE stellte die Regierung fest: „Die Bundesregierung beabsichtigt grundsätzlich nicht, den Wettbewerb im Strommarkt einzuschränken. Andererseits gilt es, den erreichten Stand der Kraft-Wärme-Kopplung zu sichern und diese - im Rahmen des wirtschaftlich sinnvollen und ökologisch notwendigen - weiter auszubauen.“ Es sei Einvernehmen wie folgt erzielt worden: Unternehmen der kommunalen Elektrizitätswirtschaft, die mehr als 25% des Stromabsatzes durch Kraft-Wärme-Kopplung auf der Basis von Stein- und Braunkohle erzeugen, erhalten einen Bonus pro erzeugter Kilowattstunde Strom, der auf 5 Jahre befristet und degressiv gestaffelt wird, soweit nicht zuvor eine dauerhafte Lösung herbeigeführt wird. Der Bonus wird zielgerichtet auf die gutachterlich anlagenspezifisch nachgewiesene Kostensituation am jeweiligen Erzeugungsstandort ausgerichtet. Damit soll es den Unternehmen handeln sich dabei überwiegend um Stadtwerke - ermöglicht werden, ihre Erzeugungsstruktur zu optimieren, den Anschluss an den Wettbewerb im Förderzeitraum wiederzufinden und Arbeitsplätze in größtmöglichen Umfang zu sichern. Der Deutsche Städte- und ihre Stadtwerke kritisiert. Die vereinbarte Regelung werde die umweltfreundliche Kraft-Wärme-Kopplung weder auf Dauer sichern noch zu ihrem Ausbau beitragen, erklärte der Präsident des Städte- und Hafenverbands Hajo Hoffmann. „Der auf fünf Jahre befristete Bonus ist nichts anderes als eine Verschrotungsprämie“, so Hoffmann: „Nur eine Quote für Strom aus Kraft-Wärme-Kopplung wäre umweltpolitisch vernünftig und würde den Stadtwerken zu fairen Wettbewerbschancen verhelfen.“ Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Hafenverbands, Dr. Stephan Articus, sagte: „Es ist ein großer Fehler gewesen, Vertreter der Städte und der Stadtwerke von den Verhandlungen auszuschließen. Die Bonusregelung schützt die Stadtwerke nicht, sondern leitet ihre Beerdigung ein. Das führt auf Dauer dazu, dass sich die Verbraucher nicht mehr für umweltfreundlichen Strom aus Kraft-Wärme-Kopplung entscheiden können.“

Zusammenstellung: ulj

Französische Hafenarbeiter besuchten Hamburger Kollegen

Erst streiken und dann zum Minister...

Befördert durch eine Patenschaft der PDS AG Betrieb & Gewerkschaft mit der PCF besuchten nun schon zum zweiten Mal französische Hafenarbeiter Betriebsräte und ÖTV-Vertrauensleute aus dem Hamburger Hafen.

Die französischen CGT-Kollegen aus den Häfen von Le Havre, Marseille und Nantes, die mit einem Organisationsgrad zwischen 60 und 100 % unter den Hafenbeschäftigen für französische Verhältnisse ungewöhnlich gute Ausgangsbedingungen vorzuweisen haben, berichteten über eine Reihe aktueller Erfahrungen, die auch in Hamburg und anderswo hilfreich sein können.

So wird durch die zweite Fassung des Gesetzes der französischen Linksregierung zur Einführung zur Arbeitszeitverkürzung die 35-Stunden-Woche – nicht zuletzt Dank des guten Organisationsgrades – in den französischen Häfen bei vollem Lohnausgleich durchgeführt werden. Da auch dort die Produktivität enorm steigt, hofft man zumindest die bestehenden Arbeitsplätze durch die Arbeitszeitverkürzung zu sichern.

Nach der Durchsetzung der 35-Stunden-Woche stehen die französischen Hafenbeschäftigen in Arbeitszeit und auch bei der Entlohnung auf dem gleichen Niveau wie ihre deutschen Kolleginnen und Kollegen. In einigen Punkten sind sie deutlich besser dran. Dank des Einsatzes der eigenen Kraft und der politischen Verhältnisse in Frankreich. So fand vor einigen Wochen im größten französischen Hafen ein zweitägiger Streik der CGT-Docker statt. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Der französische Verkehrsminister (der der PCF angehört, Anm. d. Verf.) änderte per Verfügung das Hafengesetz von 1992. Jetzt ist es so, dass für alle Umschlagsarbeiten auf dem Hafengelände die Betriebe Hafenbeschäftigte, die nach dem Hafenumschlagstarif bezahlt werden, beschäftigen müssen. Bezahlung nach Speditionstarif oder noch niedriger ist untersagt.

Das ist letztlich dem Streik und den anschließenden Gesprächen der Docker beim Minister zu verdanken. Klar, dass der Verband der französischen Transportunternehmer TLF aufschreit. Dennoch siedeln sich weitere Betriebe in den Hafengebieten an. Hierzulande wird behauptet, dass wegen der zu hohen Löhne Arbeit aus den Häfen abwandern muss. Wie konkret die Drohungen der franzö-

sischen Logistikunternehmen, sich aus dem Hafen z.B. Von Le Havre zurückzuziehen sind, wird erst die nächste Zeit zeigen.

Gestützt wir die Position der Docker gegenwärtig durch ein Urteil des höchsten belgischen Gerichtshofes vom 16. September 1999. Dieser untersagt es den Unternehmern im Hafen von Gent (Belgien), anstatt der tariflich bezahlten Docker auf dem Hafengelände billigere Leiharbeitskräfte z.B. Von Ada-Interim zu beschäftigen mit dem Argument, die Löhne der gewerkschaftlich organisierten Hafenbeschäftigte seien zu hoch.

Mit Sicherheit ist es so, dass es auch in Frankreichs Häfen Dinge gibt, die zu wünschen übrig lassen. So gibt es seit dem Hafengesetz von 1992 Einstiegslohngruppen für junge Leute, der Garantielohn liegt bei 30% (in Hamburg 100%). Dennoch sind die Ergebnisse der wohl höheren Kampfbereitschaft und des gegenwärtig politisch besseren Umfeldes nicht zu übersehen.

Manche Regelung mag deutschen Linken fragwürdig erscheinen. So der bei einem Teil der Hafenbeschäftigte geübte Brauch, den Arbeitsplatz auf den Sohn zu „vererben“. Wichtig allemal das genaue Zuhören über unterschiedliche Erfahrungen und Traditionen.

Nur so können gemeinsame Perspektiven erarbeitet werden.

So stehen die in der Regel in allen nord-, west- und südeuropäischen Häfen gut organisierten Hafenbeschäftigte unter Druck. Vor allem durch das Grünbuch der EU-Kommission über die europäischen Seehäfen sollen soziale Errungenschaften beseitigt werden. Ziel dieses neoliberalen Machwerkes ist letztlich wieder ein Tagelöhnerdasein, wie es in den englischen Häfen wieder an der Tagesordnung ist. Ein Grund mehr für die deutschen und französischen Gewerkschafter, bei ihrem Treffen vom 4.-7. November 99 in Hamburg zu vereinbaren, gerade hier die Zusammenarbeit zu verstärken und auch die politische Linke in Europa in die Pflicht zu nehmen.

Vermutlich wird man sich im nächsten Jahr bilateral in Le Havre wiedersehen und bei einem internationalen Meeting in Barcelona. Es ist an der Zeit.

Randbemerkung: Während einer der Beratungen wurde ein SPD-Funktionär aus Niedersachsen, der aktiver Gewerkschafter im Hamburger Hafen ist, gefragt, ob er sich auch vorstellen könne, seinen Genossen Verkehrsminister zu besuchen und bei ihm zu erreichen, dass er die gewerkschaftlichen Tarife durch politische Begleitung schützt. Er konnte sich nicht mal vorstellen, durchgelassen zu werden ...

Abschließend sei noch vermerkt, dass dieser Besuch nur möglich war durch die Unterstützung von mehreren Hafenbetriebsräten und der ÖTV. Der PDS-Landesvorstand, ebenfalls um Unterstützung gebeten, hielt es nicht einmal für nötig zu antworten. *Gerald Kemski*

Projekt Zeit ist Geld – zurück zur Normalität

Beschäftigte „verschenken“ unfreiwillig Geld

Die Beschäftigten im Organisationsbereich der hbv leiden immer mehr unter der Erosion ihrer Arbeitszeiten. Die tariflichen und betrieblichen Regelungen werden immer mehr zur Makulatur. Die hbv wirft den Arbeitgebern vor, die Angst der Arbeitnehmer auszunutzen, um ihre unrealistischen Budgetvorgaben bei den Personalkosten durchzusetzen.

Eine Untersuchung der hbv-Bezirksverwaltung Stuttgart in 40 Einzelhandelsbetrieben hat z.B. an den Tag gebracht, dass

- in Lebensmittelfilialbetrieben Arbeitszeiten von 50–60 Stunden wöchentlich bei Filialleiter/innen nicht die Ausnahme, sondern fast schon die Regel sind
- in SB-Warenhäusern auf der grünen Wiese massenhaft Stunden angehäuft werden, die häufig nicht einmal bezahlt werden.

„Die Beschäftigten leiden unter dem Druck harter Budgetierungsvorgaben der weit entfernten Zentralen, die mit den wirklichen Arbeitsanforderungen nichts zu tun haben“, kritisiert Bernd Rixinger, Geschäftsführer der hbv in Stuttgart. „Dies führt zu tarifwidrigen Arbeitszeiten, z.T. zu unerträglicher Arbeitsbelastung und auch zu massivem Arbeitsplatzabbau“, so Rixinger weiter.

Flexible Arbeitszeitssysteme verdecken chronischen Personalmanagel

Aber auch in Banken und Versicherungen verdecken die in den letzten Jahren eingeführten flexiblen Arbeitszeitssysteme chronischen Personalmanagel. Massenhaft worden Gleitzeitguthaben angesammelt, die dann zu bestimmten Stichtagen verfallen oder ausbezahlt werden, „Die einen müssen immer mehr schaffen und können ihre Arbeit in der tariflichen Arbeitszeit nicht bewältigen, während die anderen keine Stelle finden und arbeitslos bleiben“, stellt hbv fest.

hbv Stuttgart startet Projekt: „Zeit ist Geld – zurück zur Normalität“

hbv Stuttgart will in einem auf zwei Jahre angelegten Projekt nicht nur diese Zustände ins Visier nehmen, sondern konkrete Verbesserungen erreichen. Dazu zählen insbesondere folgende Schwerpunkte:

- die Realisierung kalkulierbarer Arbeitszeiten
- die Sicherung der Arbeitsplätze
- das Eintreten für aktiven Gesundheitsschutz

hbv wird diese Projekte in enger Zusammenarbeit mit den Betriebsräten durchführen, um für die Beschäftigten spürbare Verbesserung zu erreichen.

(kbs – Bernd Rixinger, PM hbv, 10.11.)

Wirtschaftspresse

Arbeitgeber kritisieren „verengten Blick auf Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.“ – HB, Mittwoch, 10. 11. 1999. – J. Siegers, BDA-Arbeitsmarktexperte und Vorstands-Vorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit, greift an, dass 45 Mrd. DM im Jahr 1999 ausgegeben worden seien für Arbeitsbeschaffungs-, Strukturanzapfungs- und Qualifizierungsmaßnahmen. Den Beitragssatz der Arbeitslosenversicherung dagegen um 1/2 %-Punkt zu senken, könnte innerhalb von 3 Jahren 130 000 stabile unsubventionierte Arbeitsplätze zur Folge haben.

DIHT will weiter am Bündnis für Arbeit teilnehmen. – HB, 16.11.1999. – H. P. Stihl versichert, seine Organisation werde weiter an dem Bündnis für Arbeit teilnehmen. Bei der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen habe das Bündnis funktioniert. Er mahnte jedoch mehr Verbindlichkeit und Fairness an. Nicht hilfreich sei es, wenn Teilnehmer seine Existenz ständig in Frage stellten und sogar mit Boykott drohten. Zudem müssten auch Fragen der Steuer- und Rentenreform erörtert werden.

Firmentarifverträge entlasten sächsische Unternehmen. – HB, Mittwoch, 17.11.1999. – Der Verband der Sächsischen Metall- und Elektroindustrie (VSME) wies in einer Studie darauf hin, dass 69,2 % seiner Betriebe nicht an einen Tarifvertrag gebunden sind. Von 650 Unternehmen der Branche sind nur 162 Betriebe an den Flächentarifvertrag gebunden. 38 Betriebe haben mit der IG Metall einen Flächentarifvertrag abgeschlossen. Dem VSME zufolge war die IG Metall in über 70 % der Fälle bereit, Zugeständnisse gegenüber dem Flächentarifvertrag zu machen. Der Verband weist darauf hin, dass die Mehrheit der Regelungen für die Unternehmen Einsparungen von bis zu 10 % der jährlichen Personalkosten gebracht hat.

DIHT warnt vor Scheitern der Gespräche über Zwangsarbeiter-Entschädigung. – HB, Donnerstag, 18.11. 99. – Der Präsident des DIHT, H. P. Stihl, bezeichnete ein Scheitern der Verhandlungen als „fatal“, dies hätte erhebliche Nachteile für die deutsche Wirtschaft zur Folge. Die US-Gesetzgebung ermöglichte Einzelverfahren gegen deutsche Unternehmen, die in der NS-Zeit Zwangsarbeiter beschäftigt hätten. Er hoffte, dass sich mehr Unternehmen als bisher an dem Entschädigungsfonds beteiligen. Der DIHT habe intern bereits an alle Betriebe appelliert. Eine öffentliche Aufforderung sei noch nicht erfolgt.

Presseauswertung: rst

„Wir brauchen eine andere Politik“

**Ein Jahr rot-grüne Regierungspolitik - zur Aktualität des politischen Mandats der Gewerkschaften
Einladung zum 2. bundesweiten Treffen der Gewerkschaftslinken am 3. und 4. Dezember im Gewerkschaftshaus Stuttgart**

Freitag, 3. Dezember 1999, 18.00 Uhr

Gewerkschaftshaus Stuttgart (Willi-Bleicher-Str. 20)

Der Bruch der Sozialdemokratie mit der Arbeiterbewegung

- Ist das Blair-Schröder-Papier eine Zäsur der Linken?
- Kritik der Sparpolitik und des „Bündnis für Arbeit“

Referent Prof. Bodo Zeuner (Freie Universität Berlin)

Referat eines Vertreters/einer Vertreterin der Erwerbsloseninitiativen

Diskussion

Samstag, 5. Dezember 1999, 10-17Uhr

Gewerkschaftshaus Stuttgart (Willi-Bleicher-Str. 20)

Gewerkschaftspolitik jenseits von Sozialpartnerschaft und Wettbewerbskorporatismus

10 Uhr Foren zu folgenden Themen:

1. Tarifpolitik: Ende der Bescheidenheit - neue Initiativen der Arbeitszeitpolitik
2. Sozialstaat als Reformprojekt: Wie kann eine solidarische Sozialpolitik aus-

sehen?

3. Reform der Mitbestimmung und der Betriebsverfassung: Alternativen zu Böckler & Bertelsmann

13 Uhr Mittagessen

anschl. Kurzberichte aus den Foren und Diskussion

15.00 Uhr Diskussion über die Thesen zum Selbstverständnis der Gewerkschaftslinken (siehe unten)

16.00 Uhr Abschlussdiskussion

einnehmen. Dazu gehört auch die Bereitschaft und Fähigkeit zur außerparlamentarischen Mobilisierung.

Die Haltung zu den Sparbeschlüssen und die Rolle im »Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit« signalisieren dabei eine wichtige Weichenstellung. Der Positionierung der Gewerkschaftslinken und deren Beitrag für eine autonome Politik der Gewerkschaften kommt eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu.

Der Arbeitsausschuss

Für die Tagung wird ein Tagungsbeitrag von DM 30,- erhoben.

Arbeitslose, Rentner und Studenten zahlen nichts.

Anmeldungen an:

Heinz Günter Lang

Tannenburgstraße 17

64660 Alsbach-Hähnlein

<http://www.labournet.de/GewLinke/stuttgart.html>

Entwurf für eine Plattform der „Gewerkschaftlichen Linken“

Die Gewerkschafter müssen Gegenmacht sein!

1. Seit Jahren erleben die (noch) Beschäftigten, die Arbeitslosen, die Sozialhilfeempfänger und die Rentner was es heißt, unter den Bedingungen des Neoliberalismus und der „Globalisierung der Märkte“ zu leben: Statt den Menschen eine würdige Existenz und soziale Sicherheit zu gewährleisten, die Umwelt zu schonen und die Kriegsgefahr zu mindern, tendiert der Kapitalismus dazu, die Lebensbedingungen der lohnabhängigen Bevölkerung zu untergraben. Ganz offensichtlich ist dies nämlich die wesentliche Voraussetzung, um die Kapitaleigner noch reicher zu machen.

2. Auch unter der SPD-Grünen-Regierung ist kein Wandel eingetreten. Im Gegenteil: In manchen Bereichen treibt die Schröder-Regierung den Sozialabbau noch frecher voran, in der Erwartung, daß die Gewerkschaftsführungen viel länger still halten werden als unter der Kohl-Regierung.

Für uns aber waren die Proteste der Jahre '96 -'98 keine Wahlkampfhilfe für

SPD und Grüne, sondern erste Schritte zum Aufbau einer aktiven Abwehrfront gegen den Sozialabbau und die Politik des Neoliberalismus. Diese Aufgabenstellung hat sich in keiner Weise geändert. Nur wird sie jetzt immer dringlicher, was z. B. der Angriffskrieg gegen Jugoslawien und die fortgesetzte Politik des antisozialen Kahlschlags klar offenbart haben.

3. Die Rücksichtnahme der Gewerkschaftsführungen auf die SPD hat viel mit blinder Loyalität und mit der Akzeptanz der „Standortpolitik“ zu tun. Blinde Loyalität deswegen, weil allen Gewerkschaftsvorständen klar sein muß, daß die Untätigkeit – d. h. die widerstandslose Hinnahme der Kriegs- und „Sparpolitik“ – nicht nur die Glaubwürdigkeit der Gewerkschaften weiter massiv unterhöhlen wird. Der Mitgliederlust droht sich zu beschleunigen und die Gewerkschaften in ihrem Bestand und vor allem in ihrer Handlungsfähigkeit in Frage zu stellen.

Akzeptanz der Standortpolitik heißt letztendlich die Logik der Kapitalkonkurrenz widerstandslos zu übernehmen und zu hoffen, daß die KollegInnen in anderen Ländern die Verlierer sind, so daß das deutsche Kapital sich ausdehnen kann und hier keine weiteren großen Beschäftigungseinbrüche erfolgen. Ziel der „Standortpolitiker“ unter den Gewerkschaftern ist der krampfhaften Versuch, jeglichen Kampf um Arbeitsplätze zu vermeiden.

4. Wir halten es für absurd, mit den Profiteuren des Arbeitsplatz- und Sozialabbaus ein „Bündnis für Arbeit“ schließen zu können. Schon der Zusatz „Bündnis für Wettbewerbsfähigkeit“ zeigt, wer hier wen vor seinen Karren gespannt hat. Nicht die Interessen der Lohnabhängigen werden hier vertreten, sondern die Konkurrenzinteressen des hiesigen Kapitals und die Interessen der Regierung (z. B. bei der „Verschlankung“ des Staates und des öffentlichen Dienstes).

Wenn andere gesellschaftliche Bedin-

ACHTUNG

Strategien im Verteilungskampf

Die unter diesem Titel geplante Arbeitstagung

der Politischen Berichte und des Arbeitskreises Wirtschaft der ArGe Konkrete Demokratie Soziale Befreiung – ArGe bei der PDS muß wegen Terminüberschneidungen leider verschoben werden.

Neuer Termin in der nächsten Ausgabe.

M.Fochler

Politische Berichte, c/o GNN-Süd Verlag, Stubauer Straße 2, 70327 Stuttgart Fax: 0711-621532, E-mail: pb@gnn-verlage.de

TERMINVERSCHEIBUNG

gungen durchgesetzt werden sollen, ja wenn wir nur wirkliche Reallohnnerhöhungen erreichen wollen – ob in der Industrie, im Handel, im öffentlichen Dienst oder sonstwo – dann geht dies nur gegen den massiven Widerstand von Unternehmern und Regierung. Und wenn wir die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich durchsetzen wollen, dann wird dies zu noch härteren Auseinandersetzungen führen. Diese Herausforderungen dürfen die Gewerkschaften nicht ausweichen. Im Gegenteil, je mehr diese Kämpfe heute vermieden werden, um so schwieriger werden die Bedingungen. „Wer heute nicht teilt den Kampf wird morgen teilen die Niederlage.“

5. Um diese Auseinandersetzungen vorbereiten und bestehen zu können, bedarf es einer weitreichenden Umorientierung der Gewerkschaften. Dies betrifft sowohl die Fixiertheit auf das bestehende System und auf die „Standortpolitik“, als auch die konkreten gewerkschaftlichen Handlungsweisen vor allem bei den Tarifrunden sowie die gewerkschaftlichen Strukturen, d. h. ihre innere Verfassung.

Wir setzen nicht auf Sozialpartnerschaft, sondern auf gewerkschaftliche Gegenmacht. Dies bedeutet:

a. Oberste Leitlinie für das Handeln der Gewerkschaften muß die Verteidigung der Interessen der Lohnabhängigen sein. Nicht die Kapitaleigner und auch nicht die SPD dürfen vor berechtigten Protesten geschont werden.

b. Die Gewerkschaften müssen demokratisiert werden. Statt z. B. in den Tarifrunden die Willensbildungsprozesse an der Basis zu akzeptieren, werden über Presseverlautbarungen und „Orientierungsdaten“ Fakten geschaffen, die durch noch so viele Resolutionen aus aktiven Vertrauenskörpern nicht mehr umgestoßen werden.

Zur Demokratisierung gehört für uns auch, daß die nicht vertretbaren Spitzengehälter der Vorstandsmitglieder der meisten Gewerkschaften drastisch beschnitten werden, um keine Kluft zwischen den realen Lebenslagen (und damit auch den Interessen) der abhängig Beschäftigten und ihrer Gewerkschaftsvertreter zuzulassen. Wir wollen nicht, daß Gewerkschaftsfunktionäre, die uns in der Öffentlichkeit vertreten, z. T. mehr als viermal so viel verdienen wie die oberste Gehaltsklasse der entsprechenden Tarifverträge.

c. Mit den dadurch frei werdenden Geldern wie auch mit den millionenteuren Schauveranstaltungen bei Gewerkschaftstagen und ähnlichem könnten Stellen besetzt werden, die in den letzten Jahren beim Rückzug aus der Fläche wegrationalisiert wurden. Der Rückzug des DGBs aus der Fläche und vor allem seine politische Entmachtung durch die Spalten der Einzelgewerkschaften verschärft die Krise der Gewerkschaftsbewegung in der BRD.

d. Zur Demokratisierung der Gewerk-

schaften, d. h. um sie lebendig und transparent zu machen, gehört, daß dort alle politischen Richtungen, nicht nur SPD und CDU, ihre Ausdrucksmöglichkeiten finden, ähnlich wie bei den österreichischen Gewerkschaften. Bisher ist der Linken die freie Information und das organisierte Vortragen alternativer Konzepte etwa in Sachen Tarifpolitik weitgehend unmöglich gemacht. Wir beanspruchen das Recht unsere Vorstellungen organisiert und gewerkschaftsöffentlich vorzutragen und dafür zu werben.

e. Um einen aktiven und erfolgversprechenden Kampf für diese Ziele aufnehmen zu können, müssen die KollegInnen wirklich selbst entscheiden können, wann sie einen Kampf abbrechen und welches Verhandlungsergebnis sie akzeptieren. Wir wollen, daß für die Annahme eines Verhandlungsergebnisses nicht 25%, sondern 50% erforderlich sind. Nur wenn die KollegInnen wirklich die Erfahrung machen, daß es auf sie selbst ankommt, auf ihre Eigenaktivität und ausschließlich auf ihre Mehrheitsentscheidung und nur wenn dieser Wille nicht von allmächtigen Vorständen gekippt werden kann, dann wird ihr Engagement und ihr Selbstvertrauen wachsen. Und nur dann werden die Unternehmer unter Druck ge-

c. Zu den dringlichsten Aufgaben der Gewerkschaften zählen für uns:

- Allen Formen des Rassismus und des Nationalismus muß eine entschiedene Absage erteilt werden. Die KollegInnen im Ausland – ob in Europa oder in der sogenannten Dritten Welt – stehen uns hundert mal näher als ein deutscher Kapitalist. Nur ein international koordiniertes Vorgehen gegen die Politik des Kapitals kann der Globalisierung und dem Neoliberalismus etwas entgegensetzen und dazu beitragen, daß die Kluft zwischen Nord und Süd kleiner wird. Wir wollen, dazu beitragen, daß Krieg verhindert werden, aber auch, daß die Grenzen für Flüchtlinge geöffnet werden.

- Wir machen uns stark für einen aktiven Kampf gegen die sogenannte „Sparpolitik“, die bei den Lohnabhängigen, den Arbeitslosen, Sozialhilfempfängern und Rentnern abkassiert. Wir fordern im Gegenteil: Nehmen bei den Reichen.

- Im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit – der verheerendsten Geißel mit der wir es in der BRD heute zu tun haben (denn sie beeinflußt ganz wesentlich unsere Lebens- und Kampfbedingungen), ist für uns die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich unter definierten Arbeitsbedingungen die wichtigste Achse, um die sich gewerkschaftliche Politik, d. h. vor allem Tarifpolitik drehen sollte.

- Wir verteidigen die öffentlichen Dienste und wollen, daß die Gewerkschaften den Kampf gegen die Privatisierungen aufnehmen.

- Wir verteidigen die hälftige Finanzierung der Sozialversicherungssysteme gegen alle Versuche, die Kosten der Sicherungssysteme auf die Lohnabhängigen abzuwälzen. Wir fordern im Gegenteil den Ausbau der Sicherungssysteme auf Kosten des Kapitals.

Um einen erfolgversprechenden Kampf für die Durchsetzung dieser Ziele in den Gewerkschaften aufnehmen zu können, müssen sich die Gewerkschaftslinken koordinieren und demokratisch organisieren. Und nur wenn die Mitgliedschaft insgesamt sich die Gewerkschaften wieder aneignet und sie zu Kampfinstrumenten macht, kann die Gewerkschaftsbewegung ihre Krise überwinden und ihre Existenzberechtigung unter Beweis stellen.

(Nach Diskussion mit verschiedenen KollegInnen ausformuliert für die Dezember-Tagung der gewerkschaftlichen Linken – am 3.4. Dezember 1999 in Stuttgart – eingereicht von Jakob Schäfer)

Dieser Entwurf wurde auf der Sitzung des Arbeitsausschusses vom 1. Oktober 99 vorgelegt und dort kurz diskutiert. Eine abschließende Meinungsbildung im Arbeitsausschuß fand noch nicht statt. Deswegen:

Diesen Entwurf bitte in der gewerkschaftlichen Linken vor Ort bekannt machen, diskutieren und eventuell Änderungsvorschläge formulieren)



ratzen können. Nur so wird auch die Umstrukturierung der Gewerkschaften einen Sinn ergeben. Ein rein bürokratischer Zusammenschluß mit noch weniger Kompetenzen an der Basis und mit einem noch weiteren Rückzug aus der Fläche kann die Krise der Gewerkschaften nur vergrößern.

6. Wer wir sind und was wir wollen:

a. Wir sind ein Zusammenschluß von GewerkschafterInnen mit unterschiedlichen politischen Vorstellungen, aber mit dem gemeinsamen Ziel, die Gewerkschaften wieder handlungsfähig zu machen und bedingungslos die Interessen der Lohnabhängigen zu vertreten.

b. Wir wenden uns an die Gewerkschaftsöffentlichkeit und darüber hinaus auch an die allgemeine politisch interessierte Öffentlichkeit. Gleichzeitig sind wir ganz entschiedene Verfechter der Einheitsgewerkschaft.

Den nachfolgenden Beschluss zum Thema VN-Einsätze erarbeitete der Parteirat nach einer mehrstündigen

Debatte, der Beschluss konnte mit wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen verabschiedet werden.

Beschluss des Parteirates vom 20. November 1999: Entsprechend der dem Parteirat im Statut der PDS zugewiesenen Aufgabe, „wesentliche politische Konfliktfelder innerhalb der Partei zu benennen, die unterschiedlichen Positionen zu diskutieren und Vorschläge für den praktischen Umgang mit diesen Konflikten zu entwickeln“, erklärt er in Bezug auf die Diskussion über den Einsatz von VN-Truppen in Krisenregionen:

Der Parteirat ist mit der Tatsache konfrontiert, dass Beschlüsse der Bundestagsfraktion und des Parteivorstandes und Veröffentlichungen in der Presse in der Partei Zweifel an der Gültigkeit der friedenspolitischen Aussagen der PDS nähren.

Nach Auffassung des Parteirates entstehen solche Zweifel weder dadurch, dass die Frage nach einer international wirksamen friedenspolitischen Linie thematisiert wird noch durch den Inhalt der vorgetragenen Positionen. Sie entstehen aus der verfrühten und unzulänglichen Beschlussfassung.

Der Parteirat schlägt vor, im Verlauf des Jahres 2000 ein „Friedenspolitisches Forum“, veranstaltet vom Parteivorstand, dem Parteirat, der EU-Fraktion und der Bundestagsfraktion der PDS, unter Beteiligung von Repräsentantinnen und Repräsentanten insbesondere der europäischen linken Parteien und Vertreterinnen und Vertretern der Friedensbewegung durchzuführen, auf der die angeschnittenen Fragen erörtert werden.

Bei der Fortführung der Diskussion ist es wichtig klarzustellen, dass nach unserer gemeinsamen Auffassung das Grundgesetz und der „2 + 4 -Vertrag“ die Beteiligung der BRD an internationalen Militäreinsätzen verbieten, auch wenn sie vom VN-Sicherheitsrat beschlossen würden. Der Parteirat beschließt:

1. Die parteiöffentliche Diskussion auf der Basis der vorgelegten Beschlüsse und Diskussionspapiere ist fortzuführen.

2. Der Diskussion dieses Problems ist auf der 3. Tagung des 6. Parteitages im Rahmen der Tagesordnung ausreichend Zeit einzuräumen.

3. Die gründliche Befassung mit diesem Problem im Rahmen der Programmdiskussion.

4. Im Interesse einer sachlichen Diskussion und eines Austausches unterschiedlicher Standpunkte wird der Parteivorstand aufgefordert, die bis zum 15. Dezember 1999 beim Parteivorstand eingehenden Meinungsäußerungen zu dokumentieren und zu veröffentlichen.

PDS Schleswig-Holstein tritt mit Lan-

desliste an: Mit einer Landesliste von 10 Kandidaten tritt die PDS in Schleswig-Holstein zur Landtagswahl an. Mit Wiljo Heinen, einem 39-jährigen Geschäftsführer in einem kleinen Unternehmen in der Software-Entwicklung (Platz 1), Uli Schippels (Platz 2), 36 Jahre alt und Geschäftsführer des Landesverbandes, sowie die 38-jährige Anette Woelke (Platz 5), eine Altenpflegerin aus Lübeck, dem größten Ortsverband der PDS in Schleswig-Holstein, kandidiert auf den ersten fünf Plätzen durchaus eine jüngere Politikgeneration, die ihre ersten Erfahrungen bei der SPD bzw. den Grünen sammelte. Edda Lechner aus Norderstedt (Platz 3) und der parteilose ehemalige Pastor Volker Bethge (Platz 4) kommen aus der 68er Generation bzw. aus der Friedensbewegung. – Die PDS stellt in ihrem Wahlprogramm hauptsächlich beschäftigungs-, umwelt- und bildungspolitische Forderungen. Weitere Punkte wenden sich gegen Rassismus und neofaschistische Formierung. Unter dem Punkt „Deutschland – Kriegsdienstverweigerer unter den Staaten“ fordert die PDS konsequent „keine Auslandseinsätze der Bundeswehr, auch nicht unter den Helmen der Vereinten Nationen.“ – *rua*

Der Landesparteitag der PDS-Baden-Württemberg tagte mit rund 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmern am 20. November in Mannheim. In Eingangsreferaten berichteten die stellv. Parteivorsitzende Gabi Zimmer und der Abgeordnete Winfried Wolf über die Entwicklung der PDS. In der Diskussion wurde betont, dass eine Abkehr der PDS vom Kurs als Antikriegspartei keinerlei Basis hat. Aus dem Rechenschaftsbericht des Landesvorstands ging hervor, dass die Mitgliederentwicklung in den letzten zwei Jahren nach einer kurzen Stagnation sehr positiv war (nahezu verdoppelt auf inzwischen 400); dass auch die Teilnahme an den Wahlen positiv zu sehen ist. Jetzt sollen die Landtagswahlen im Jahr 2001 ins Auge gefasst werden. In der Diskussion wurden die dafür notwendigen inhaltlichen und organisatorischen Anstrengungen angesprochen. Die Wahl eines vergrößerten, jetzt 12köpfigen Landesvorstands (zwei Frauenplätze blieben frei) soll dem dienen. Als Sprecherin wurde neu gewählt Eva Steinmann aus Heidelberg; die bisherige Sprecherin Chantal Pannacci kandidierte für den weiteren Vorstand, in den sie gewählt wurde. Der Sprecher, Peter Linnes, ebenfalls aus Heidelberg, wurde wiedergewählt. Zum Schatzmeister wurde neu gewählt Christoph Cornides aus Mannheim; die bisherige Schatzmeisterin Ulrike Küstler hatte nicht mehr für diese Amt kandidiert; sie ist aber weiter im Vorstand. *alk*

Zur Einreichung der Antragsschrift zum Organstreitverfahren der PDS-Fraktion gegen die Bundesregierung beim Bundesverfassungsgericht erklärt die rechts-

politische Sprecherin der PDS-Fraktion, Evelyn Kenzler: Das **Neue Strategische Konzept der NATO** ist ein Konzept militärischer Intervention im politischen, wirtschaftlichen und geostrategischen Interesse der USA und ihrer Verbündeten. Der völkerrechtswidrige Krieg der NATO gegen Jugoslawien war der erste vorweggenommene Anwendungsfall dieses Konzepts. Die PDS ist eine Antikriegspartei. Sie betrachtet es als ihre Aufgabe, gegen solche außenpolitisch gefährlichen und rechtswidrigen friedensgefährdenden Entwicklungen und Friedensbrüche, wie im Fall Jugoslawien, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln, auch mit juristischen Mitteln, vorzugehen. In dem Organstreitverfahren wird beantragt, das Bundesverfassungsgericht möge feststellen, dass die Bundesregierung mit ihrer Zustimmung zu den Beschlüssen über das Neue Strategische Konzept der NATO auf der Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs in Washington am 23. und 24. April 1999 gegen Art. 59 Abs. 2 Satz 1 GG verstößen und damit die Rechte des Bundestages verletzt hat, indem das verfassungsmäßig vorgeschriebene Zustimmungsverfahren beim Bundestag nicht eingeleitet wurde. Die Antragsschrift wurde von den Herren Professoren Dr. Martin Kutscha und Dr. Norman Paech ausgearbeitet. Verfahrensbevollmächtigter der Fraktion ist Prof. Dr. Norman Paech. Nach Art. 59 Abs. 2 Satz 1 GG bedürfen Verträge, welche die politischen Beziehungen des Bundes regeln, der Zustimmung oder Mitwirkung der jeweils für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften – in diesem Fall des Bundestages – in Form eines Bundesgesetzes. Dementsprechend bedarf eine Änderung des NATO-Vertrages ebenso eines Zustimmungsgesetzes des Bundestages wie der Nordatlantik-Vertrag selbst, der am 24.03.1955 durch den Bundestag ratifiziert wurde. In der Antragsschrift wird aus völkerrechtlicher und verfassungsrechtlicher Sicht der Nachweis geführt, dass mit dem Neuen Strategischen Konzept eine verbindliche Änderung des NATO-Vertrages herbeigeführt wurde. Die neue Strategie besteht zusammengefasst darin, dass die Kernfunktion der NATO inhaltlich wie geographisch durch „nicht unter Artikel 5 fallende Krisenreaktioneinsätze“ in Drittstaaten erweitert wurde und Kriseneinsätze, wenn nötig, auch ohne Mandat des Sicherheitsrates erfolgen können. Diese sehr weitgehende verbindliche Änderung des NATO-Vertrages hätte der Beteiligung des Bundestages in Form der Ratifizierung bedurft. Die Ausschaltung des Parlaments bei der Änderung des NATO-Vertrages ist Ausdruck der Verschiebung des Gewaltentrennungsprinzips zugunsten der Exekutive im außenpolitischen Bereich und der Delegitimierung des Parlaments in den internationalen Beziehungen.

PM

Gesetzmäßige Schuldknechtschaft

Kein Zeitabschnitt aus der Geschichte des Zweistromlandes Mesopotamien liefert uns soviel schriftliche Zeugnisse wie der des Königs Hammurapi von Alt-Babylon zu Beginn des 18. Jh. v.Z. (Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung): Briefe, Rechtsurkunden, Siegel, Ehekontrakte, Erbschaftsangelegenheiten, Pacht- und Mietverträge, Kaufurkunden, Darlehen, Bauinschriften, Gründungstafeln, literarische Kompositionen, Jahresformeln und seine berühmten „Gesetztafeln“. Ihr Studium hat es ermöglicht, diese Epoche besonders gut zu durchschauen. Es handelt sich um eine Zeit des Umbruchs in wirtschaftlicher, politischer und sozialer Hinsicht. Was in Ägypten in Ansätzen im Konflikt zwischen Pharao und Fürsten und/oder Priesterschaft erkennbar, aber nie wirklich durchgesetzt werden konnte (vgl. PB 22/99), das wird beim mesopotamischen Staats- und Steuersystem zu Beginn des 2. Jt. (Jahrtausend vor unserer Zeitrechnung) zu einer realen Besonderheit: die zunehmende Privatisierung von Grund und Boden, die Vererbbarkeit von Familienbesitz und die Entstehung eines relativ unabhängigen Bürgertums neben der Beamenschaft.

Regen und Kanäle

Anders als in Ägypten, dessen Fluss das Getreide ohne zusätzlichen Regen gedeihen lässt, hängt der Getreideanbau des Nahen Ostens von Regenfällen ab. Deshalb sind die frühesten Agrarsiedlungen dieses Gebietes ab dem 9.–7. Jt. v.Z. in den regenreichen Bergregionen des „Arabischen Halbmondes“, in Palästina, dem östlichen Mittelmeer und dem Gebiet zwischen dem Schwarzen Meer und dem Persischen Golf zu finden. Wie in Ägypten entwickeln sich auch hier aus den steinzeitlichen Jäger- und Sammlergruppen mit kaum mehr als 30 Personen gemeinschaftliche Siedlungen mit ca. 200–300 Menschen. Erster Städtebau mit bis zu 1500 Bewohnern ist bereits ab dem 7. Jt. v.Z. möglich.

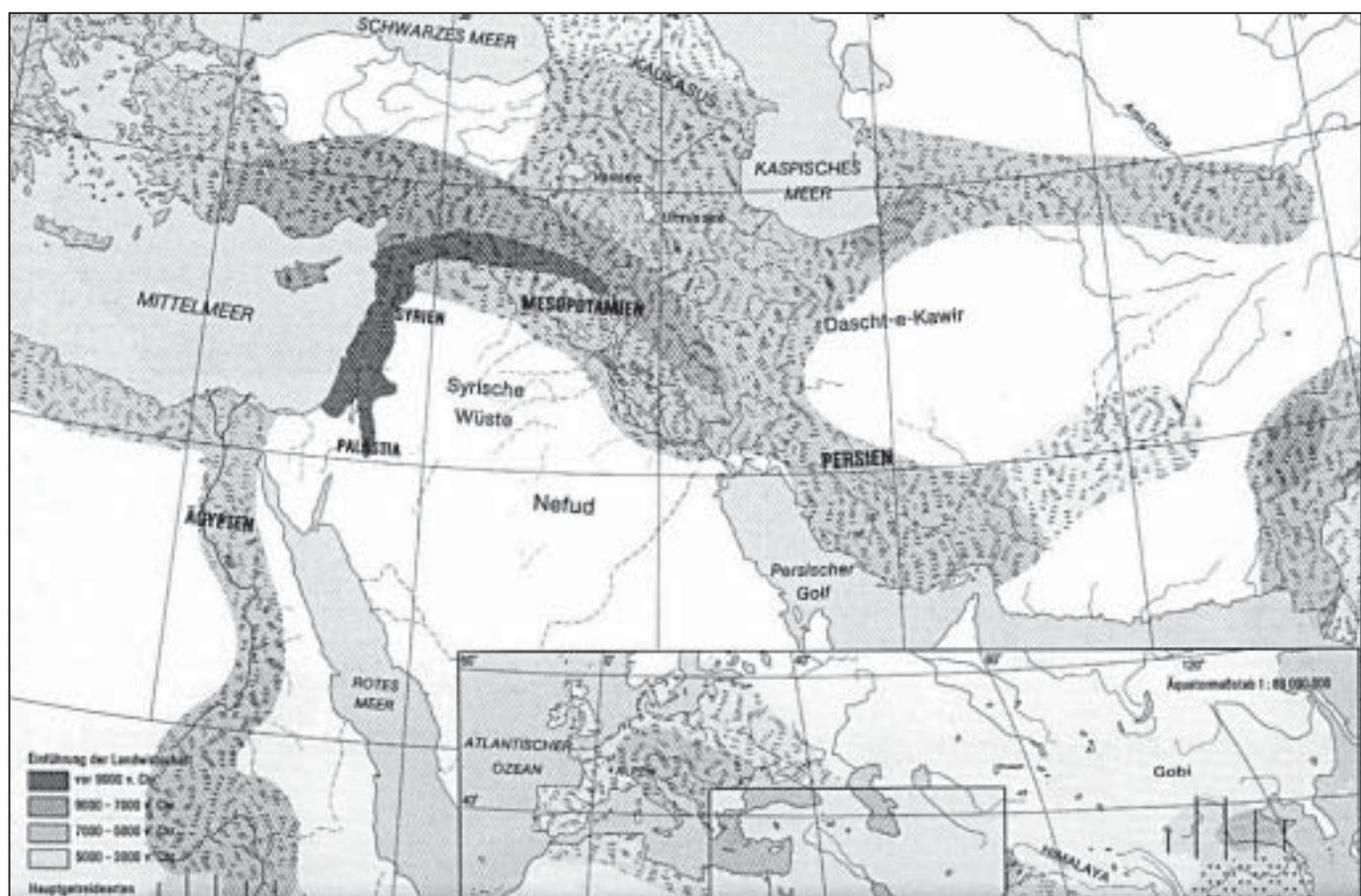
So können auch sehr frühe, dauerhafte, weitausgedehnte Handelsbeziehungen entstehen. Diese starke „urbane Expansion“ bewirkt fast ein Jahrtausend früher als in Ägypten die Bildung von Stadtstaaten mit einer entsprechenden sozialen Differenzierung. Deren Zusammenschluss zu verschiedenen zentralen Staatsgebilden ist ein viel komplizierteres Unterfangen als bei dem an einen

Fluss gebundenen Nachbarn Ägypten.

Eine erfolgreiche Staatsbildung durch die Sumerer und anschließend die Akkader findet ab dem 4./3. Jt.v.Z. statt und hat viel mit der erst jetzt beginnenden wirtschaftlichen Nutzung des Landes „zwischen den beiden Flüssen“ (=Mesopotamien) Euphrat und Tigris“ zu tun. Das geschieht im Unterschied zu dem bisherigen Regenfeldbau auf der Grundlage von neuen Bewässerungstechniken, die beide Flüsse mit Kanälen, Schleusen und Stauwerken versehen.

Umbruch im 2. Jahrtausend

Mesopotamien ist ein rohstoffarmes Land, dem selbst so einfache, aber wichtige Materialien wie Stein, Holz und Metalle fehlt. Die technische Entwicklung von Geräten geht deshalb sehr langsam voran. Nur durch den Einsatz bzw. den Verschleiß der zahlreich vorhandenen Arbeitskräfte unter dem Kommando einer ausgeklügelten staatlichen Arbeitsorganisation gelingt es, die für das Flussystem notwendige sehr intensive Landwirtschaft zu betreiben. Aber diese Agrarwirtschaft hat vor allem im südlichen Bereich des Euphrat und Tigris im



Karte des Nahen Ostens, die – fein gestrichelt – die frühen Regenfeldkulturen und den Anbau von Weizen und Gerste ab dem 9. Jt. v.Z. zeigen.

3. Jt.v.Z. ökologisch zu einer wachsenden Versalzung geführt, zur Erhöhung des Flussbettes und zu einem Absinken der Erträge. Nach Berechnungen aus Keilschrifttexten sinkt der Ertrag von Gerste innerhalb des Zeitraumes von 2400 v.Z. bis 2100 v.Z. um 2500 Liter je Hektar (= 100m x 100 m). Während dieser Zeit haben sich mehrere miteinander konkurrierende mesopotamische Stadtstaaten mit jeweils wechselndem Herrschaftsanspruch gebildet. Verschiedene Große Reiche existieren z.T. auch nebeneinander: Isin, Larsa, Uruk, Eschnunna, Elam, Assur, Mari und Babylon. Diese Reiche sind nacheinander zusammengebrochen. Zu Beginn des 2. Jt.v.Z. benötigen neue Herrscher für die Lösung der anstehenden wirtschaftlichen und politischen Probleme nicht nur kriegerische, sondern vor allem auch politische und soziale Veränderungen. Hammurapi von Babylon ist einer der Könige, dem es gelingt, solche notwendigen Veränderungen zu schaffen.

Privatisierung ist die Lösung

Ähnlich wie in Ägypten hat bisher die Wirtschaft auf der Grundlage staatlicher Großbetriebe gearbeitet. Um den oben genannten Verlust an Bodenertrag wettzumachen, bedarf die Agrarwirtschaft einer höheren Produktivität und intensiverer Arbeit. Mehr Sklaven aus Feldzügen sind derzeit nicht verfügbar, eine Vergrößerung ihrer Anzahl außerdem unrentabel. Man wird sie weder mit Butterbrot noch mit der Peitsche zu wesentlich intensiverer Mehrarbeit in der Landwirtschaft bewegen können. Es bedarf solcher Leute, die durch privaten Besitz ein starkes Interesse an der Vermehrung privater Gewinne haben. Schrittweise wird nun in der Landwirtschaft eine kleinbürgerliche Produktionsweise auf der Grundlage von Kleinfamilien eingeführt. Der König bleibt zwar der eigentliche Grundherr, aber zukünftig werden Kauf und Verkauf von privaten Grundstücken, Feldern, Gärten und Häusern erlaubt. Er selbst arrangiert ganz bewusst Landzuweisungen durch entsprechende Urkunden. Das Mindeste, was vergeben wird, ist eine Hufe (~ 6½ Hektar) – vermutlich das Minimum zur Ernährung einer Familie. Jetzt wird auch die Vererbbarkeit innerhalb der Familie ermöglicht, das fördert auf jeden Fall die Intensität der Bodenbearbeitung, verbunden mit der persönlichen Kontrolle aller landwirtschaftlichen Tätigkeiten über Generationen hinweg. Das erspart dem König eine Menge Beamter zur Beaufsichtigung der Feldarbeiten. Wohlhabende Grundbesitzer bilden sich heraus. Als kein neues Land mehr zu haben ist, werden sie sehr schnell zu Darlehensgebern für Leute, die Vorschüsse für den Ernteeinsatz brauchen oder in Schulden geraten sind. Wer große Flächen sein eigen nennt, gibt sein Land an Pächter weiter, der dafür eine bestimmte Geldsumme oder Naturalmenge zahlt, oft das übliche Erntedrittel. Aber

auch umgekehrt übernehmen Grundbesitzer Pachtland von anderen Besitzern.

Handwerker, Händler, Geldwirtschaft

Handwerker müssen bisher in staatlichen Werkstätten bei festgesetzten Mengen an Material für den König, seinen Palast und Tempel produzieren. Der Sturz der alten Dynastien hat auch den Zusammenbruch vieler bisheriger staatlicher Monopole bewirkt. Die gesellschaftliche Teilung der Arbeit ist hingegen so weit vorangeschritten, dass eine Vielzahl von kleinen, selbständigen Handwerkern vor allem in den Städten eigene Werk-

stehen in Kanesch in der heutigen Türkei und Ugarit am Mittelmeer. Als bald keine weiteren Immobilien mehr zu haben sind – denn der Grund und Boden in Städten lässt sich nicht beliebig vermehren – versuchen Grund- und Hausbesitzer durch Darlehensvergabe zu neuen Gewinnen zu kommen. Im Gegensatz zu Ägypten gibt es hier bereits eine entwickelte Geldwirtschaft. Die Ausdehnung und Komplizierung der neuen geschäftlichen Unternehmungen machen die vermittelnde Rolle des Geldes notwendig. Als Äquivalent für Handelsware ist bereits im 3. Jt.v.Z. neben die Gerste das Silber getreten, das einen relativ sta-



Relief aus dem Palast des Assurbanipal, 883 – 859 v.Z., in Kalchu mit Dienern, die dem König Speisen zubereiten.

stätten eröffnen und führen können. Neben den Grundbesitzern entsteht ein selbstbewusstes städtisches Bürgertum mit Häusern, Gärten und Hausverpachtungen.

Selbständige Kaufleute bauen in derselben Weise ein eigenes Handelssystem auf. Die vorhandenen Beziehungen vom Indus über den Persischen Golf bis nach Anatolien und ein weitmaschiges Netz von befahrbaren Wegen und Straßen mit Zwischenstationen für Mensch und Tier können sie dabei gut nutzen. Gehandelt wird vor allem mit Getreide, Sesamöl, Datteln, Wolle und fertigen Tuchen. Bald gibt es in den Werkstätten z.T. eine regelrechte Exportproduktion und es bildet sich eine weitere Spezialisierung heraus. Große neue Kaufmannssiedlungen ent-

bilden Preis hat, nicht verderblich und gut zu transportieren ist. Es wird in Form von Hacksilber, als Barren oder Schmuck angeboten, erhält zumeist einen Garantiestempel und wird nach Gewicht berechnet. Die Maße sind allerdings oft von Tempel zu Tempel verschieden.

Zur Erleichterung des Zahlungsverkehrs gibt es bald auch Schecks. Sie werden als Guthaben auf Tontafeln eingetragen, können von Hand zu Hand gehen und vom „Träger der Tafeln“ eingelöst werden. Wer viel Besitz an Silber, seltener an Goldware hat, nutzt es sehr schnell als Kredit- und Wucherkapital. Wer Land kaufen oder sich ein Haus bauen will, wer Saat für die Ernte braucht oder Waren für einen Verkauf in weit entfernte Gebiete, greift zu der neuen Möglichkeit des Vor-

schusses. Zunächst führt man solche Geschäfte mittels Absprachen durch. Man gibt das Geliehene nach einer bestimmten Zeitspanne in naturaler Form zurück. Bald setzt sich auch hier das Äquivalent Silber durch. Dem Darlehen folgt der Zins auf dem Fuße. Er bewegt sich zwischen 5 und 28 Prozent, bei Gerste stehen oft sogar 331/3 vom Hundert an. Selbst eine vereinbarte Zinslosigkeit kann noch zu Gewinn führen, indem mit dem zur Erntezeit zu erwartenden Preis spekuliert wird.

Dienstbare Geister

Die Arbeit in der Landwirtschaft wird jetzt von Familien intensiv auf eigenem Grund und Boden betrieben. Vor allem in der Erntezeit reichen aber die Kräfte oft nicht aus. Einen Sklaven zu kaufen, ist weniger lohnend, da er ja nicht dauernd gebraucht wird, aber das ganze Jahr über versorgt werden muss. Es entstehen deshalb mehrere neue Formen der Miete von zeitweiligen Arbeitskräften, die zunächst ihren Lohn noch in Naturalien, bald aber in Silber erhalten.

Im wesentlichen gibt es drei Arten von Dienstmiete:

1. Der Zusammenbruch der Alten Reiche mit ihren zentralisierten Eigentumsverhältnissen und ihren Großwirtschaften hat Arbeitskräfte „freigesetzt“. Diese Personen, aber auch Halbnomaden, Flüchtlinge oder Menschen, die Schulden abtragen müssen, gehen unter der Leitung eines Vorarbeiters von Ort zu Ort und verdingen sich – meist zur Erntezeit – für Lohn. Der Kontrakt wird mit dem Vorarbeiter gemacht.

2. Väter, Mütter oder ältere Brüder geben ihre Angehörigen in Arbeitsverhältnisse, weil Arbeitskraft übrig ist. Wer seine Schulden nicht rechtzeitig zahlen kann, übergibt ebenfalls dem Gläubiger eigene Familienmitglieder oder am Ende sich selbst in die Schuldkechtschaft. Vielleicht rettet ihn auch – für wie lange? – ein Bürge! Gläubiger wiederum vermieten ihre Schuldner oder andere unterworfen Leute weiter, um den Lohn für sie einzustreichen.

3. Die Sklaverei hört nicht grundsätzlich auf. Ein Sklave wird hingegen jetzt öfter weitervermietet, wenn in der eigenen Wirtschaft nicht viel zu tun ist. Wer gerade Erntezeit hat oder besonders schwierige Tätigkeiten erledigen muss – Pflügen, Worfeln, Mahlen von Getreide oder Treiben der Tiere bei Transporten – der leihst oder kauft solch eine Arbeitskraft für eine bestimmte Zeit.

Die Taschen des Königs

Der König gibt weder den Grundsatz auf, der eigentliche Besitzer des Landes zu sein, noch verzichtet er im Konkreten auf eigenen Grundbesitz und eigene Großbetriebe. Letzterer bringt seinem Staatsapparat immer noch die wichtigsten Einkünfte. Zugleich lässt der Herrscher eine

neue Grundbesitzer-, Handwerker- und Händlerschicht mit eigenem Grund und Boden entstehen. Dieser neuen Grundbesitzerschicht wird ein Zehnter – an den Tempel in Ur zu entrichten – und zusätzlich Zölle abverlangt. Königliche Beamte tun dafür auch weiterhin ihren nicht ganz ungefährlichen Dienst. Soldaten unterstützen sie notfalls beim Eintreten. Hammurapi nimmt es mit einer pünktlichen und korrekten Zahlung von Abgaben und Steuern sehr genau.

Daneben werden Abgaben von Dienstleuten, von Pächtern für Kronland, von Heiligtümern und von der übrigen Bevölkerung eingezogen. Auch das tun entsprechende Beamte und speziell Beauftragte auf der jeweiligen Ebene in den Distrikten oder Städten. Daneben profitiert der Palast besonders vom Seehandel mit importiertem Kupfer. Die Fischerei auf den Strömen und Kanälen und die Seefischerei sind Monopole des Staates, es gibt dafür ein besonderes Seefisch-Silberkonto. Eine weitere wichtige Einnahmequelle ist für den König das Wollgeschäft, das auf direkter Naturalabgabe durch die ländliche Bevölkerung und auf der Haltung von eigenen Palastherden beruht.

Natürlich erringt der Herrscher wie eh und je aus Kriegen – so er sie gewinnt – Beute und Tribute. Im umgekehrten Fall muss er selber aus seinem Staats- und Tempelschatz bleichen und ein anderer Herrscher vergrößert sein Budget. Man kann auch durch quasi kriegerische Überfälle Götter, Gold und Statuen der

umliegenden Herrscher rauben. Die Soldaten werden meist direkt über solche Kriegsbeute bezahlt.

Hammurapis Gesetzeswerk

Schon einige Jahrhunderte vor Hammurapi gibt es eine Reihe von grundlegenden Gesetzeswerken, die „Gerechtigkeit und Ordnung“ schaffen wollen. Die babylonischen Könige erlassen gerne anlässlich ihrer Thronbesteigung eine „Gerechtigkeitsakte“ für einen generellen Erlass von Schuldkechtschaft. Wie alle seine Vorfänger, so spart auch Hammurapi nicht mit der Verherrlichung seiner eigenen Person und betont, dass er die Gesetze im Namen der Götter vor allem für die Armen und Schwachen geschaffen habe.

Bei genauerer Betrachtung offenbart sich dieses Anliegen natürlich eher als ein Versuch, nach dem Zusammenbruch der Alten Reiche die neu auftauchenden Probleme staatsmännisch in zweifacher Weise zu lösen. Wie bereits dargelegt, muss er wirtschaftlich neben die bisherigen zentral geführten staatlichen Betriebe im landwirtschaftlichen, handwerklichen und Handelsbereich privaten Grundbesitz und selbständige Betriebe zulassen. Gleichzeitig muss er die dadurch hervorgerufenen Widersprüche zwischen den verarmten und verschuldeten Bauern und Bürgern, dem handels-, herden- und häuserbesitzenden Geldadel und dem Königshaus zu mildern versuchen.

Hauptsächliches Ziel der Gesetzesstelle ist es, dafür zu sorgen, dass auf jeden Fall die Äcker bebaut werden. Die oben genannten ökologischen Probleme, ein stetiges Wachsen der Bevölkerung und das Interesse am beständigen Reichtum zur Sicherung der inneren und expansiven Herrschaft machen es notwendig, dass kein Stückchen Land brach liegen oder schlecht bewirtschaftet werden darf. Die Vernachlässigung von Feldarbeiten gilt daher als ein schweres Vergehen. „Wenn ein Mann ein Feld zum Bebauen gepachtet hat, aber auf dem Feld kein Getreide hervorbringt, ...so soll er Getreide entsprechend dem Ertrag seines Nachbarn dem Herrn des Feldes geben“ (§ 42). „Wenn ein Mann aus Nachlässigkeit den Deich seines Feldes nicht befestigt, ...so soll der Mann, bei dem sich der Deichbruch ereignete, das Getreide ersetzen, das er umkommen ließ.“ (§ 53) Das Strafmaß, das für Eigentumsdelikte angewendet wird, ist logischerweise sehr hoch. Und in einer in soziale Klassen gespaltenen Gesellschaft gibt es natürlich eine unterschiedliche Bestrafung je nach Stellung des Geschädigten. Wer „Eigentum des Gottes oder Palastes“ stiehlt, soll getötet



Hammurapi, König von Babylon, 1792 – 1750 v.Z., tritt auf der Gesetzesstele aus schwarzem Basalt vor den Gott Schamasch (= Sonne und Gerechtigkeit). Original im Louvre in Paris.



Opferszene mit König Zimrilim (links) vor der Göttin Ishtar im Palast von Mari, den Hammurapi im 18. Jh. v.Z. total zerstörte. Zimrilim erhält eine Warnung vor einem Aufstand.

werden. Diebstahl an einem Awilun – einem Adligen – wird weniger als beim Palast, aber höher als an einem Muchkenum – einem Palasthörigen oder Fremdling – geahndet. Sonderregelungen gibt es für einen Redum – einen Soldaten im Heeresdienst (§ 26 – 41). Ist er durch seinen Dienst oder durch Gefangenschaft längere Zeit abwesend und kann seine Felder, die er besitzt, nicht pflichtgemäß bestellen, so verfällt sein Land nicht – wie üblicherweise bei den anderen Ackerbauern – nach einem Jahr, sondern erst nach drei Jahren. Muss er aus der Gefangenschaft losgekauft werden, darf das wohl mit seinen beweglichen Gütern, auf keinen Fall aber durch Veräußerung seines Landbesitzes geschehen. Hier sollen Palast und Tempel einspringen. Dadurch wird sichergestellt, dass der König gut ausgebildete – kostenintensive Bedienstete – nicht verliert und Königsland nicht in fremde Hände gerät.

Das neue System bringt neue Formen der Abhängigkeit. Wer seine Schulden – ob für Hauskauf, ob als Darlehen für Handelsware oder als Arbeitsentgelt für einen gemieteten Menschen – nicht

zurückzahlen kann, dem werden seine Ernte, seine Ware, sein Besitz genommen, gegebenenfalls über ein rechtliches Verfahren. Danach gehen die eigenen Sklaven, dann die Familie und schließlich man selbst in die Schuldnechtschaft. Hammurapi hat die Härte dieser Bestimmungen bewusst abgeschwächt: gemäß § 117 sollen Familienmitglieder in jedem Fall nach spätestens drei Jahren wieder frei kommen, Sklaven gehören hingegen nach § 118 dem neuen Herrn.

Flucht, Aufstände oder gar Revolution?

Um aus einer schwierigen finanziellen Zwangslage herauszukommen, bleibt dem Einzelnen kaum ein Ausweg. Individuell wohl nur die Flucht, wovon die Dokumente häufiger berichten. Meistens werden dann jedoch die Familienangehörigen oder die Bürgen belangt. Wer erwischt wird, landet bei noch schlimmerer Schuldnechtschaft im Gefängnis. Wer einem Sklaven zur Flucht verhilft, wird selber einer. Will man entkommen, muss man schon weit außer Landes flie-

hen, vielleicht zu den von den mesopotamischen Staatsgebilden sehr gefürchteten umherziehenden amurritischen Beduinen am Rande der Wüste. Auch davon gibt es viele Erzählungen.

Fluchtbewegungen gibt es aber auch bei größeren Gruppen. Die politische Zersplitterung Mesopotamiens zu Beginn des 2. Jt. v.Z. ermöglicht dem Geflohenen manchmal, ungeschoren in sein Land zurückzukehren, weil die bisherige Herrschaft gestürzt, ein neuer König eingesetzt und für die Thronbesteigung vielleicht ein günstiger „Königerlass“ verkündet ist, der alle Schuldverpflichtungen aufhebt.

Revolutionäre Bewegungen sind aus dieser Zeit nicht bekannt, alle erwähnten Aufstände scheinen Palastrevolutionen gewesen zu sein, die oft nach großen Überflutungen, Hungerkatastrophen oder kriegerischen Auseinandersetzungen stattfinden. Ihre neue Ordnung wird meist für die Untertanen auf Dauer nur eine langsame Wiedereinführung der früheren politischen, sozialen und steuerlichen Verhältnisse. Aber dass sich Könige und Besitzende oft genug – auch individuell – bedroht fühlen und bürgerkriegsähnliche Umstürze fürchten, das bezeugen viele Dokumente. Zur Zeit des Hammurapi soll im Anunitum-Tempel von Mari, der Stadt, die er wenig später total vernichtet, folgende prophetische Warnung an den dortigen König Zimrilim ergangen sein:

„Zimrilim, durch einen Aufstand wird man dich auf die Probe stellen, sei vorsichtig! Nimm dir zuverlässige Diener, denen du vertraust, zur Seite und setze sie so ein, dass sie dich bewachen können! Unternimm nichts allein! Die Männer aber, die dich auf die Probe stellen wollen, werde ich in deine Hände geben...“

Ich habe mich in meinen wesentlichen Aussagen vor allem auf die Ausführungen von Horst Klengel, „König Hammurapi und der Alltag in Babylon“, Büchergruppe Gutenberg, gestützt.

Edda Lechner

Eine Antwort auf Wal Buchberg

Edda Lechners Aufsatz (PB 22) zeigt anschaulich, wie sich im alten Ägypten die Herausbildung des Staates und der mit dem Staatswesen eng verquickten Religion zuträgt. Wal Buchberg meint nun, dass man die altägyptische Wirtschaft als eine in die Weite des Landes erstreckte patriarchale Hauswirtschaft verstehen solle, übersieht aber, dass sich mit diesem Prozess der Ausdehnung ein anders geartetes Produktionsverhältnis herausbildet.

Vorher, in einer Sippe oder einem Stamm, sind nämlich sämtliche Personen und Tätigkeiten sämtlichen Beteiligten unmittelbar präsent. Die wirtschaftliche Reproduktion und die Reproduktion des Überbaus, der Kultur, überlappen sich

stark, personell, räumlich, zeitlich. Andere Verhältnisse bestehen im pharaonischen Ägypten. Die Arbeitsteilung ist verfestigt. Die Handarbeit, v.a. die landwirtschaftliche, ist von der Kopfarbeit geschieden. Das landwirtschaftliche Produkt, auf dem alles gesellschaftliche Leben basiert, muss den unmittelbaren Produzenten entrissen werden. Der Pharao und seine Beamten nehmen, was sie zu fassen kriegen und geben, was sie nach ihren eigenen Maßstäben für gut halten. Das geschieht nicht ohne Grund, der Pharaonenstaat hat eine Funktion für die Produktion. Aber: Diese Funktion steht in keinem ökonomischen Verhältnis zu den eingezogenen Steuern und Abgaben. Davon zeugen z.B. die Pyramiden: dieser Staat hat mehr aus der produzierenden Gesellschaft herausgeholt als zu deren

Reproduktion nötig war, und man glaubt gleich, dass die Leute, die dies ersannen, auch sonst noch allerhand verjuxt haben.

Beim Einzug von Steuern und Abgaben fehlt – und das soll bis heute so bleiben – der Grundgedanke des Vertrages: ich gebe (helfe) Dir, damit Du mir gibst (hilfst), der sich z.B. schon in den einfachsten Jagdgemeinschaften zu bilden beginnt. Die Staatsmacht bewegt sich von ihren ersten Anfängen an auf einer nach oben offenen Absahnerskala. Gebe, Bitten, Spenden, Steuern setzen keinerlei konkreten Anspruch auf irgendetwas. Diese Art Transfer ist bereits im pharaonischen Ägypten zu beobachten, neben oder über anderen Arten ökonomischer Transfers, die in Richtung Austausch und Vertrag deuten.

maf

27. November: Kassel, bundesweites Treffen des *Netzwerks für eine kämpferische und demokratische ÖTV*

26.-28. November: Bundesweites Vorbereitungstreffen der *Innen!Stadt!Aktion!* (s. Politische Berichte 20)

3./4. Dezember: Stuttgart, Der 3. Kongress der Initiative für *Vernetzung der Gewerkschaftslinken* zu den Themen Mitbestimmung, Sozial-, Tarif- und Arbeitzeitpolitik in Stuttgart. Genaues Programm demnächst

4.-5. Dezember: Kassel, 6. bundesweiter und internationaler Friedenspolitischer Ratschlag am 4. und 5. Dezember 1999 in Kassel. Einladung und Programm demnächst

4./5. Dezember: *PDS-Bundeskongress*. U.a. sind folgende Workshops geplant: Die Linke zwischen Identitätskrise und Integrationsbedürfnis. Stadt, Land und vierteljahrhundreiche Welten - Lebensräume des 21. Jahrhunderts. Wie unsere Gesellschaft funktioniert - was kann Politik? Der Mensch im Mittelpunkt - Lebensentwürfe auf der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Sozialismus-Tradition in Ost und West. Beginn: 10.00 Uhr, Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin

6. bzw. 7. bis 9. Januar: *Linke Winterschule* in Friedrichroda. Wie immer in drei Kursen. Ausführliche Ankündigung erscheint demnächst als Faltblatt.

Geschichte. Gegenstand unseres Seminars sind *Fragen der Genossenschaftsentwicklung*. Wir haben uns gedacht: 1. die Geschichte der Genossenschaftsbewegung gemeinsam zu lesen und zu diskutieren; 2. durchzuarbeiten von Bernstein aus („Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“); Kapitel IV, Leistungsfähigkeit der Wirtschaftsgenossenschaften, Kapitel III, Genossenschaftspolitik; 3. parallel zu Bernstein aus R. Luxemburg „Sozialreform oder Revolution“ im 2. Teil, Abschnitt 2, „Die wirtschaftliche und politische Demokratie“ zu lesen; 4. die 70er Jahre in der BRD, besonders den „Neue-Heimat“-Skandal, zu behandeln; 5. aktuelle Genossenschaftsgedanken darzulegen: zu BRD-West – Beispiel Südbaden, zu BRD-Ost – Beispiel Thüringen; 6. eine aktuelle Genossenschaftsdiskussion zu führen. (Beginn: 7.1.)

Philosophie: „*Dialektik der Aufklärung*“. Der Text von Horkheimer und Adorno, 1947 erschienen, ist auch heute noch – und womöglich zunehmend – aktuell. Die politischen Fronten verschieben sich immer noch weiter. Die extreme Rechte hat im Kampf um die öffentliche Meinung seit längerem erheblich dazu gewonnen; sie findet anhaltenden Zulauf, und die faschistische Bandenbildung und Bandentätigkeit ist im Westen wie im Osten zu einem festen Phänomen geworden, das „von alleine“ nicht verschwinden wird. Die Legitimation von Bereicherung am zunehmenden sozialen und physischen Elend wuchert in der Gesellschaft aus. Die Kriegspartei, die sich seit langen Jahren im öffentlichen Leben der BRD herausgebildet hat, hat die Beteiligung Deutschlands am NATO-Angriffs- und Eroberungskrieg gegen Jugoslawien durchgesetzt. Weltanschauungen, die sich ihrer Verpflichtung auf Zivilisation und bürgerliche Werte sicher waren, Weltanschauungen, die sich der Integration der Lohnabhängigen in die bürgerliche Gesellschaft und Weltanschauungen, die sich dem Pazifismus verpflichtet fühlten, werden zunehmend für Brutalitäten aller Art offen. Für sozialistische Politik stehen die Fragen auf der Tagesordnung, wie die Ausbreitung des Strebens nach faschistischer Gewaltherrschaft erklärt und gebrochen werden kann; wie der Einfluss der Kriegspartei im öffentlichen Leben der BRD verstanden und bekämpft werden kann; wie die Legitimation ungezügelter Bereicherung erschüttert werden kann. Dazu ist der Text hilfreich. Wir wollen ihn gemeinsam lesen und im Zusammenhang aktueller politischer Fragen erörtern. (Beginn: 6.1.)

Wirtschaft: Der Kurs wird sich mit der *volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und Rechnungsweise der Wirtschaftssubjekte* befassen. Schwerpunkt wird die öffentliche Hand sein. (Beginn: 6.1.)

Jugendherberge „R. Breitscheid“, 99894 Friedrichroda, Waldstr. 25 Unterbringung und Verpflegung in der Jugendherberge: DM 42,- täglich

Anmeldung ab sofort bei: Christiane Schneider, c/o GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. (0 40) 43 18 88 20, Fax (0 40) 43 18 88 21, E-Mail: gnn-hhsh@otelo-online.de. Das Faltblatt kann bei dieser Adresse bestellt werden.

12. Februar: Arbeitsausschuss des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in Fulda

27. Februar: Landtagswahlen in Schleswig-Holstein

15.-16. April: Bundestreffen des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften

14. Mai: Landtagswahlen in NRW

ADRESSE AUFKLEBER

Für das Leben und die Freiheit von Mumia Abu-Jamal!



Am 2.12.1999 wird ein weltweiter Aktionstag für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal stattfinden. Menschen rund um den Globus sind aufgerufen, für die Freiheit von Mumia zu kämpfen. Organisiert Aktionen, Veranstaltungen, Demonstrationen! Es geht um den Kampf gegen Rassismus, für die Abschaffung der Todesstrafe und die Freiheit der politischen Gefangenen weltweit.

Ramona Africa kommt!

Am 2.12. starten Ramona Africa und ihre BegleiterInnen vom ICFF (International Concerned Family and Friends of Mumia Abu-Jamal – www.mumia.org) ihre „On a Move Tour“ durch die BRD. Sie werden zur aktuellen Situation von Mumia, zum Kampf in den USA und international reden. – Ramona Africa ist die einzige Überlebende der Bombardierung des MOVE-Hauses am 13. Mai 1985. Dies geschah durch die Polizei in Philadelphia, die dabei durch die US-Army mit Sprengstoff unterstützt wurde. Der Vorwand, so wurde von Seiten der Behörden argumentiert, sei die Agitation der Nachbarschaft durch ein Lautsprechergerät, welches seit Tagen kaputt war, gewesen.

Hier die Veranstaltungstermine:

Do, 2.12., Berlin, 20.00 Uhr, Audimax der Humboldt-Universität, Unter den Linden 6

Sa, 4.12. Jena, 19.00 Uhr, Afro-Center

So, 4.12. Köln, 18.00 Uhr, alte Feuerwache

Mo, 6.1. Frankfurt, 19.30 Uhr, Universität, Kommunikationszentrum

Di, 7.12., Heidelberg, 20.00 Uhr, Karlstor-Bahnhof

Mi, 8.12., Münster, 19.00 Uhr, Universität

Do, 9.12., Hamburg, 19.00 Uhr, Markthalle, Kunstzentrum

Weitere geplante Aktionen

(ansonsten: Macht euch an euren Orten kundig!)

Berlin:

2.12., 17.00 Uhr, Demonstration vom Alexanderplatz zur US-Botschaft

Jeden Mittwoch 16-18 Uhr Protestmahnwache nahe der US-Botschaft, Unter den Linden, Neustädtische Kirchstr.

Düsseldorf:

27.11., 15.00 Uhr, Demonstration ab Burgplatz / Altstadt Leipzig:

2.12., 16.30 Uhr Kundgebung vor dem amerikanischen Konsulat

München:

2.12. 16-19 Uhr: Mahnwache am Pariser Platz

4.12., 12.00 Uhr Demonstration ab Pariser Platz, Schlusskundgebung 14.30 Uhr Odeonsplatz

(Quelle: www.mumia.de)